

URSULA LANGKAU-ALEX

DEUTSCHE EMIGRATIONSPRESSE

(AUCH EINE GESCHICHTE DES „AUSSCHUSSES
ZUR VORBEREITUNG EINER DEUTSCHEN
VOLKSFRONT“ IN PARIS)

Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler am 30. Januar 1933; der Brand des Reichstages in Berlin am 27. Februar und die einen Tag später erlassene „Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“; der erste Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April; die Auflösung der Gewerkschaften am 2. Mai und die Bücherverbrennung vom 10. Mai, mit der ein Grossteil der literarischen und wissenschaftlichen Produktion der Weimarer Periode als „geistiger Unflat“ und „jüdische Entartung“ verdammt wurde; schliesslich das Verbot der SPD am 22. Juni und das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933 – diese und eine Reihe anderer Ereignisse¹ führten dazu, dass schlagartig Tausende Deutschland verliessen: führende politische Persönlichkeiten der Weimarer Republik, Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Journalisten und viele Angehörige des jüdischen Bürgertums.²

Der Emigrantenstrom aus Deutschland verteilte sich zunächst rund

¹ Die innenpolitischen Ereignisse, die mit Terror, Inhaftierungen in Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern; mit Folterungen und Mord gepaart gingen, führt Karl Dietrich Bracher eingehend auf in *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Köln, Opladen 1960, S. 75-219.

² Die Angaben über die Gesamtmigration gehen weit auseinander. Die Quellenlage ist immer noch unzureichend, sowohl hinsichtlich der Statistiken der verschiedensten Emigrantengruppen und -organisationen, als auch der der Nationalsozialisten. Die Völkerbunds-Zahlen sind meist nur grobe Schätzungen, und die offiziellen Erhebungen der Emigrationsländer selbst sind – soweit sie überhaupt bestehen – kaum erforscht. Zu diesem Problem s. Werner Röder, *Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Grossbritannien 1940-1945*, Hannover 1968, S. 13ff. Röder setzt sich mit Quellen und Literatur auseinander und versucht, zu objektiven Annäherungswerten zu kommen. – Bis gegen Ende 1933 hatten insgesamt etwa 60000-65000 Deutschland verlassen; bis Juni 1935 war die Gesamtzahl auf etwa 80500 und bis Mitte 1936 auf nahezu 100000 gestiegen; davon waren etwa 15000-18000 politische und weltanschauliche Gegner des Nationalsozialismus. – Zur Emigration im allgemeinen s. das reich mit Anekdoten durchsetzte Buch von Kurt R. Grossmann, *Emigration. Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933-1945*, Frankfurt/M. 1969.

um die Reichsgrenzen, mit Schwerpunkten in der Tschechoslowakei, in Frankreich und im Saargebiet. Die ČSR war während der ersten Jahre das Zentrum der politischen Aktivitäten der beiden grossen Arbeiterparteien, KPD und SPD (SOPADE),¹ und ihrer Splitter ebenso wie Otto Strassers „Schwarzer Front“. Frankreich war das Zufluchtland der zumeist bürgerlichen Intellektuellen, aber auch Vorposten der Arbeiterparteien. Von 1935 an verlagerte sich das politische Hauptgewicht deutlich nach Frankreich. Die französische Regierung betrieb als einzige in Europa eine relativ grosszügige Asylrechtspolitik, gewährte – im Gegensatz etwa zur ČSR – öffentliche politische Betätigung (solange diese nicht in innerfranzösische Angelegenheiten eingriff) und Gewerbefreiheit,² wenn auch auf Grund der schwierigen Wirtschaftslage kaum Arbeitserlaubnis. Paris weckte nicht nur Reminiszenzen an Heinrich Heine und Karl Marx. Die Auseinandersetzungen der Linken Frankreichs (im weitesten Sinne) mit der *Action française* – obgleich sie nur schwache Parallelen zum Deutschland vor 1933 aufwiesen – erinnerten die Emigranten immer wieder daran, dass sie selbst es verpasst hatten, den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus gemeinsam zu führen. Neue politische Perspektiven auch im Hinblick auf das Deutschland nach der Machtergreifung Hitlers schien ihnen der *Pacte d'unité d'action* zwischen PCF und SFIO vom Juli 1934 zu eröffnen, der im Frühsommer 1935 durch die Initiative der Kommunisten Abschluss und Krönung in dem *Front populaire* fand. Darüber hinaus wuchs die Bedeutung Frankreichs als Emigrationsland, als im Januar 1935 nach der Saarabstimmung der Zustrom saarländischer Flüchtlinge einsetzte. Mit ihnen kamen zahlreiche österreichische

¹ Von den 20 auf der Reichskonferenz vom 26. April 1933 gewählten Vorstandsmitgliedern der SPD waren 8 nicht emigriert; 9 gingen in die ČSR (die beiden Vorsitzenden Otto Wels und Hans Vogel, Siegmund Crummenerl, Paul Hertz, Erich Ollenhauer, Erich Rinner, Friedrich Stampfer, Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser). Sie nannten ihr Büro SOPADE. Nach dem Ausschluss von Böchel und Aufhäuser aus dem Vorstand Anfang 1935 – sie hatten mit anderen linken Splittergruppen und mit Vertretern des ZK der KPD Gespräche geführt über Möglichkeiten und Ziel einer Einheitsfront – konsolidierte sich der „Rumpfparteivorstand“ als politisch immobiles Büro, das in Organisation und Fürsorge aufging. – Zu Politik, Organisation, Ideologie s. Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933-1938, Stuttgart 1952; Lewis J. Edinger, German Exile Politics. The Social Democratic Executive Committee in the Nazi Era, Berkeley, Los Angeles 1956 (dt.: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933-1945, Hannover, Frankfurt/M. 1960).

² Gewerbefreiheit z.B. für selbständige Kaufleute und Handwerker, auch wissenschaftliche oder journalistische Tätigkeit an französischen Universitäten, Instituten, Zeitschriften.

Sozialisten, die nach den Februar-Kämpfen von 1934 in Wien ihren antifaschistischen Kampf im Saargebiet fortgesetzt hatten.¹

Aufgrund ihrer Struktur gab es für die Emigration über die Erfahrung ihrer unfreiwilligen Auswanderung² hinaus zunächst keine Gemeinsamkeiten, die zu einer politischen Front³ gegen Hitler hätten führen können: Die „Massenmigration“⁴ des jüdischen Bürgertums war hauptsächlich darauf gerichtet, sich eine neue Heimat in Palästina, in den USA und anderen Ländern einzurichten; die potentielle „Führer-Emigration“⁵ – die Funktionäre der Parteien, Gewerkschaften – reproduzierte die politischen, sozialen, religiösen Auseinandersetzungen

¹ Mehr als 4000 politisch Verfolgte verliessen das Saargebiet. Etwa 3000 wurden zunächst in 67 französischen Lagern zusammengefasst; diese wurden im September 1935 wieder aufgelöst, s. Informationen von Emigranten für Emigranten, Mitte September 1935 („Antifaschistische Flüchtlinge schliesst die Einheitsfront!“), Sammlung Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG). Die Zahl der deutschen Emigranten in Frankreich wurde im Juni 1935 vom Hohen Kommissariat beim Völkerbund mit 10000 angegeben, s. Wolf Franck, Führer durch die deutsche Emigration, Paris (Ed. du Phénix), 1935, S. 33ff. Diese Schätzung war jedoch viel zu niedrig. Heinrich Mann schätzte die deutsche Emigration in Frankreich Ende 1935 auf etwa 35000 (ein ziemlich realistischer Wert), s. seine Rede als Delegationsführer der deutschen Emigranten in Frankreich am 29.11.35 vor der Expertenkommission des Völkerbunds, abgedr. in Neue Weltbühne (NWB, XXXI, 1935, Nr 51 (19.12), S. 1599ff.

² Helge Pross, Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933-1941, Berlin 1955, S. 18, definiert den Begriff Emigration als politischen: Die Emigration ist die „unfreiwillige Auswanderung von einzelnen oder von Gruppen in ein fremdes Land“, als „Folge direkter oder indirekter – politischer, sozialer, religiöser oder ökonomischer – Ächtung, die dem Geächteten nur die Alternative lässt, entweder zu emigrieren oder mit der Verkümmernung bzw. dem Ende seiner bisherigen Existenz zu rechnen“.

³ Es ist hier weder Aufgabe noch Raum, die im folgenden auftauchenden Begriffe „Einheitsfront“ (entwickelt während der 20er Jahre) und „Volksfront“ (zunächst die Bezeichnung der Komintern für die Politik der französischen KP 1934) für die spezifische politische Entwicklung in der deutschen Emigration neu zu bestimmen. Soviel kann jedoch festgestellt werden: die einfachen Definitionen etwa von Matthias (a.a.O., S. 35f.), nach denen die Einheitsfront „eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten“ und die Volksfront „eine Erweiterung der Zusammenarbeit in das bürgerliche Lager hinein“ ist, reichen für die deutsche Emigration nicht aus (s. auch S. 171, Anm. 4).

⁴ Arthur Rosenberg geht von der Ursache der Emigration, dem NS-Regime, aus, wenn er alle Emigranten als „politische“ bestimmt. Zur Unterscheidung der „passivpolitischen“ von den „aktivpolitischen“ führt er die Begriffe „Massenmigration“ und „Führer-Emigration“ ein, s. „Zur Geschichte der politischen Emigration“, in: Mass und Wert, II, 1939, H. 3, S. 375; Auszug in Pariser Tageszeitung (PTZ), Nr 869, vom 17.12.38 („Massenmigration und ‚Führer-Emigration‘“).

⁵ Ebenda. Die „Führer-Emigration“ habe ihre Basis in Deutschland selbst; es ist die Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit, wie demoralisiert und entpolitisiert auch immer.

zungen der Weimarer Republik. Die Klärungsprozesse, die hier und da innerparteilich¹ oder auch zwischenparteilich² begonnen hatten, wurden eher verdunkelt, als eine Gruppe, die sich selbst als „unpolitisch“ gegenüber dem Streit der Parteien absetzte, den Anstoss zu dem Versuch gab, zu einer politischen Einigung zu kommen. Zu dieser Gruppe gehörten z.B. Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger. Ihre Überzeugung, dass die beiden grossen Arbeiterparteien sich gegenseitig zugrunde gerichtet, ihre historische Niederlage 1933 selbst gefördert hätten, führte diese ihrer Herkunft nach zumeist bürgerlichen Intellektuellen in das Extrem der Überparteilichkeit. Überwindung der alten Parteiideologien, Gleichberechtigung aller weltanschaulichen Gruppierungen – das sahen sie als Voraussetzung einer einheitlichen Anti-Hitler-Kampffront an. Sie erstrebten eine Organisation, die sich ideologisch auf das konzentrierte, was *alle* verband, die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus–Faschismus nämlich. Das Bedürfnis nach geistiger und politischer Freiheit und die Angst vor dem Krieg³ schienen ihnen eine Basis für gemeinsame politische Aktion zu sein. Die Betonung des Verbindenden und das Ausklammern alles Trennenden – in dem Slogan „Volksfront gegen Krieg und Faschismus“ bzw. „Volksfront für Freiheit und Frieden“ manifestiert – hatte zur Konsequenz, dass die Frage etwa nach den sozialen Grundlagen der erstrebten demokratischen Gesellschaftsordnung tabuisiert wurde.

Am 2. Februar 1936 versammelten sich 118 Persönlichkeiten der deutschen Emigration zu einer „Auslandstagung der deutschen Opposition“ im Hotel Lutetia in Paris. Eingeladen hatten der Schriftsteller Heinrich Mann und der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saarlands, Max Braun.⁴ Offizielle Vertreter der

¹ S. z.B. die Gruppen „Neu Beginnen“, „Revolutionäre Sozialisten (Deutschlands)“ innerhalb der SPD.

² S. z.B. den Dialog zwischen Walter Ulbricht und Siegfried Aufhäuser, angefangen in NWB 1934, Nr 34 (24.8), Walter: „Alles für die Aktionseinheit“; fortgesetzt in NWB 1934, Nr 44 (1.11), Aufhäuser: „Dennoch Einheitsfront“. Auch die persönlichen Kontakte, wie oben S. 168, Anm. 1 angegeben.

³ Allgemein sah man im Nationalsozialismus Hitlers die Inkarnation der Kriegsdrohung. Der Krieg wurde von den Überparteilichen und den Sozialdemokraten vornehmlich als Zerstörer der deutschen und europäischen Kultur, von Kommunisten und Linkssozialisten in erster Linie als Bedrohung, möglicherweise Zerstörung der Sowjetunion als „Vaterland des Sozialismus“ angesehen. – In diesem Zusammenhang sei auf das 1933 von dem französischen Schriftsteller Henri Barbusse gegründete, von Willi Münzenberg organisierte „Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus“ hingewiesen, das während der Volksfront-Periode gerade diese Doppelfunktion in der Abwendung des Kriegs zu erfüllen versuchte.

⁴ S. Brief Salomon Schwarz (Pseudonym von Georg Reinbold, Grenzsekretär der Sopade) „Ergänzende Mitteilungen zur Pariser Konferenz der ‚Volksfront‘“ zu seinem Brief vom 6.2.36 an den Parteivorstand der SPD (PV) in Prag, Archiv der SPD, Bonn.

KPD, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) und christlicher Gewerkschaften; Sozialdemokraten als Einzelpersonen;¹ Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Wissenschaftler – sie alle² gründeten auf dieser Tagung den „Ausschuss zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“.³

Heinrich Mann wurde Präsident. Ein Arbeitsausschuss innerhalb des Volksfront-Komitees wurde gebildet, um eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten. Die Versammlung trat mit einem „Manifest“, in dem u.a. die Wiederherstellung der Menschenrechte in Deutschland als Ziel erklärt wurde, und mit einem Aufruf „Für eine gemeinsame Amnestieaktion“ an die Öffentlichkeit.⁴

¹ Mit Rundschreiben vom 24. Januar 1936 „An alle Grenzsekretäre und Vertrauensleute“ verpflichtete der PV auf Grund eines Beschlusses vom 17.1 alle Sozialdemokraten zur Ablehnung von Vereinbarungen mit der KPD und der „Roten Hilfe“ (RHD). Bereits bei den Verhandlungen am 23.11.35 in Prag mit Vertretern des ZK der KPD – Walter (Ulbricht) und Franz (Dahlem) – hatten Hans Vogel und Friedrich Stampfer jegliche politische Zusammenarbeit mit den Kommunisten abgelehnt (Rundschreiben im Archiv der SPD, Bonn).

² Es seien nur wenige, für den Verlauf dieser Geschichte wichtige Namen unter den Teilnehmern aufgeführt: Willi Münzenberg, Wilhelm Koenen, Kurt Funk (Pseudonym von Herbert Wehner), Alexander Abusch – KPD (die Partei delegierte nicht ihre erste Garnitur, i.e. Ulbricht, Dahlem, Pieck); Rudolf Breitscheid, Max Braun, Prof. Denicke (Pseudonym von Prof. Georg Decker), Albert Grzesinski, Dr Hans Hirschfeld – Sozialdemokraten; Alfred Kerr, Leopold Schwarzschild, Prof. Georg Bernhard, Prof. E. J. Gumbel, Prof. Fritz Lieb, Prof. Siegfried Marck, Heinrich Mann, Alfred Kantorowicz, Rudolf Leonhard, Berthold Jacob – für die Gruppe der überparteilichen Intellektuellen bzw. des „freiheitlichen Bürgertums“, wie sie damals bezeichnet wurden.

³ Auch: „Komitee zur Schaffung (Bildung) der Deutschen Volksfront“ oder „Lutetia-Komitee“.

⁴ Beide abgedruckt in Eine Aufgabe. Die Schaffung der Deutschen Volksfront, hrsg. von der Deutschen Freiheitsbibliothek Paris, Basel (Verlag Universum-Bücherei), 1936 (weiter zitiert: Aufgabe). – Die Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“ ist bisher nicht geschrieben. Ich werde demnächst eine Arbeit über Geschichte und Ideologie der deutschen Volksfront vorlegen, in deren Mittelpunkt der Pariser Volksfront-Ausschuss steht. Einzelne Aspekte des Ausschusses werden behandelt bei: Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) [Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd 1], Meisenheim am Glan 1964, S. 236ff.; Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) [Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd 2], Meisenheim am Glan 1963, S. 343ff.; Carola Stern, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln, Berlin 1963, S. 77ff. Die ersten beiden Arbeiten behandeln den Ausschuss verständlicherweise nur im „Ausblick“ auf die Geschichte dieser Parteien nach 1933, C. Stern lässt ihn als eine unter vielen Episoden in der politischen Biographie Walter Ulbrichts erscheinen. Babette Gross schliesslich sieht einmal den Pariser Ausschuss ausschliesslich als politisches Instrument der Komintern-Politik („Die Volksfront-

Unmittelbar vor der Gründung des Volksfront-Ausschusses publizierte die *Neue Weltbühne* die Meinungen von führenden Sozialdemokraten, Kommunisten, Bürgerlichen zu den Problemen Aktionseinheit, Einheitsfront, Volksfront unter dem Motto: „Unsre Antwort auf drei Jahre Hitler“.¹ Alle Beiträge betonten die Notwendigkeit, die Emigranten in einer gemeinsamen Front gegen Hitler zu einigen, doch gingen Detail und Motivationen weit auseinander.

Stationen auf dem Wege zur Vereinigung deutscher Emigranten unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Richtungen gegen das NS-Regime waren:

- der Reichstagsbrandprozess:² Willi Münzenberg organisierte einen internationalen Gegenprozess³ und publizierte das erste *Braunbuch*,⁴ an dem viele, weltanschaulich weit auseinanderstehende, Emigranten mitarbeiteten;
- der Saarkampf: hier kam die erste regionale politische Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus zustande,⁵ viele Emigranten in anderen Ländern unterstützten sie in Wort und Tat;

politik in den dreissiger Jahren. Ein Beitrag zum Verständnis der kommunistischen Taktik“, Beilage zu Das Parlament, B. 43/62 vom 24.10.1962), zum anderen als grosse Organisationsleistung Willi Münzenbergs (Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 292ff.).

¹ NWB, 1936, Nr 5 (30.1); das Motto findet sich auf dem üblichen Aufklebezettel auf dem Titelblatt.

² Prozess vom 21.9.1933 bis 23.12.1933 gegen Georgi Dimitroff, Wassil Taneff, Blagoi Popoff, Ernst Torgler, Marinus van der Lubbe.

³ Durchgeführt 1933 von der „Internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Reichstagsbrandes“ unter dem Ehrevorsitz von Lord Marley, Vizepräsident des House of Lords, s. The Burning of the Reichstag, hrsgg. vom „Relief Committee for the Victims of German Fascism“, London 1933.

⁴ Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, hrsg. vom „Weltkomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus“, Basel 1933. Nachtrag: Anklage gegen die Ankläger, Paris (Ed. du Carrefour) 1933. Braunbuch II, Dimitroff contra Göring, Paris (Ed. du Carrefour), 1934. – Es ist in diesem Zusammenhang irrelevant, ob und inwieweit das Braunbuch den geschichtlichen Tatsachen gerecht wird. Die Emigranten waren davon überzeugt, dass die Nationalsozialisten den Reichstag selbst angezündet hatten, NS-Propaganda und -Politik bestärkten sie darin, s. z.B. Konrad Heiden, Die Geburt des Dritten Reiches. Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933, 2. Aufl. Zürich 1934, S. 124ff.; vgl. Bracher, a.a.O., S. 75ff.

⁵ Im Sommer 1934 liess die KPD-Führung unter dem Druck der Komintern (s. z.B. Pjatnickij's Kritik auf der EKKI-Präsidents-Sitzung am 9.-10. Juni 1934, in: Rundschau (Basel), III/1934) die Parole von der „Roten Saar“ im „Rätendeutschland“ fallen und schloss sich der „statusquo“-Parole der Sozialdemokraten an. Im August 1934 stiessen einige Katholiken – Patres, der Kreis um den Gewerkschaftsführer und Verleger Dr Johannes Hoffmann – zu dem sozialdemokratisch-kommunistischen Bündnis.

– die Entführung des emigrierten Journalisten Berthold Jacob¹ durch einen Gestapoagenten von Basel nach Berlin, wo er von März bis September 1935 im Gestapo-Gefängnis inhaftiert war. Sein Fall war Anlass zum Zusammenschluss verschiedenartigster Emigrantenorganisationen – zunächst, um eine Regelung der Passfrage zu erreichen.² Gleichzeitig aber wurde der „Fall Jacob“ für die politisch Aktiven zur „Mahnung zu stärkerer Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte, zu grösster Entfaltung und Unterstützung des antifaschistischen Kampfes“;³

– die Hinrichtung des BVG-Arbeiters Rudolf Claus, eines illegalen Führers der „Roten Hilfe“, der in einem Hochverratsprozess vor dem Volksgerichtshof in Berlin auf Grund seiner Überzeugung zum Tode verurteilt wurde; dies führte im Dezember 1935 zum ersten gemeinsamen Protest deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten,⁴ dem sich auf Initiative Heinrich Manns hin über hundert emigrierte Persönlichkeiten anschlossen.⁵

Der „Internationale Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur“ im Juni 1935 in Paris wurde der Ausgangspunkt für die ersten Versuche zur organisatorischen Zusammenfassung deutscher Emigranten in einer deutschen Volksfront. Hier trafen sich kommunistische, sozialistische, „liberal-demokratische“ und parteilose Schriftsteller, die in den Diskussionen ihre eigene Position angesichts des Faschismus (Nationalsozialismus) einerseits, des „Aufbaus des Sozialismus“ in der Sowjetunion und der Bewegung des *Front populaire* in Frankreich andererseits zu klären suchten. Der Versuch, diesen Diskussionen eine organisatorische Form zu geben, ging allerdings von

¹ Eigentlich Berthold Salomon. Er war in der Emigration Vorstandsmitglied der „Liga für Menschenrechte“, Sektion Strasbourg; vor 1933 Mitarbeiter der Weltbühne, in der er u.a. über Fememorde, geheime militärische Organisationen, Machenschaften innerhalb der Reichswehr schrieb, vgl. Exil-Literatur 1933-1945 [Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek, Nr 1], 3. Aufl., Frankfurt /M. 1967, S. 85 (im folgenden zitiert: Exil-Literatur).

² 15 Organisationen schlossen sich im November 1935 zur „Fédération des émigrés d'Allemagne en France“ zusammen; 1936 zählte die Fédération 21 Mitgliedsorganisationen.

³ S. AIZ (Arbeiter-Illustrierte-Zeitung), 1935, Nr 16 (18.4), S. 242-3.

⁴ „Gemeinsamer Protest deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Justizmord an Rudolf Claus“ vom 20.12.1935, unterschrieben von Victor Schiff, Rudolf Breitscheid, Emil Kirschmann, Max Braun und (Max) Brauer für die Sozialdemokraten, von Willi Münzenberg, Philipp Dengel, Willi Koenen, Hans Beimler für die Kommunisten. Der Protest wurde zuerst veröffentlicht in Pariser Tageblatt (PT), Nr 740 vom 22.12.35. – Zum Prozess gegen Claus vgl. u.a. Neuer Vorwärts (NV), Nr 114 vom 18.8.1935 („Zwei neue Morde in Sicht“) und Nr 132 vom 22.12.1935 („Mord“); PT, Nr 736 vom 18.12.1935.

⁵ S. NWB, 1936, Nr 7 (13.2), S. 220 und Aufgabe, a.a.O., S. 28.

Wilhelm Koenen und Willi Münzenberg aus, die – vorläufig freilich nur offiziös – im Auftrag der KPD zu diesem Zweck mit der Gruppe der überparteilichen Intellektuellen zusammenarbeiteten.¹

Erst der VII. Weltkongress der Komintern im Juli-August 1935 in Moskau liess die KPD auf ihrer anschliessenden „Brüsseler Parteikonferenz“ im Oktober die offizielle Schwenkung zur Volksfrontpolitik vollziehen. Die Partei bekannte sich zur bürgerlichen Demokratie als Alternative zum Nationalsozialismus. Dennoch hielten sich die KPD-Vertreter beim Aufbau des Volksfrontausschusses betont im Hintergrund. Die übrigen Parteien, vor allem die Splitterparteien der Linken – mit Ausnahme der KPD (O) –, versuchten sich trotz zum Teil prinzipieller Kritik an der Volksfront einzugliedern. Sie wollten den Anschluss an eine mögliche Massenbewegung nicht verpassen.

Hier sollen einige ausgewählte Periodika daraufhin untersucht werden, wieweit sich in ihnen die Gründung und die Tätigkeit des „Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“ in Paris und die Reaktion der sie publizierenden Gruppen darauf spiegelte. Kriterium für die Auswahl war die Frage, ob und wie diese drei Faktoren unmittelbar auf die Geschichte einer Emigrationszeitschrift gewirkt haben. Danach erschienen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – folgende Zeitungen und Zeitschriften als exemplarisch:

Pariser Tageblatt bzw. *Pariser Tageszeitung* für die (links-)bürgerliche Gruppe;

Gegen-Angriff, später *Deutsche Volks-Zeitung*, einerseits und *AIZ* (*Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*) bzw. *Volks-Illustrierte* andererseits für die kommunistische Emigration;

Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek für die heterogene Gruppe der emigrierten Schriftsteller;

Deutsche Informationen schliesslich als einzige Publikation des Ausschusses selbst.²

¹ Vgl. auch Maximilian Scheer, *So war es in Paris, Berlin* (Verlag der Nation) 1964, S. 132ff.

² Obgleich Die Neue Weltbühne (NWB) unter ihrem Chefredakteur Hermann Budzislowski, einem linken Sozialisten, sich schon vor 1936 in den Dienst einer deutschen Einheits- und Volksfront stellte – angefangen mit dem im August 1934 eröffneten Dialog zwischen Siegfried Aufhäuser und Walter Ulbricht – darf sie ebensowenig als typisch für den gewählten Rahmen dieses Aufsatzes gelten wie Das Neue Tage-Buch (NT), das Leopold Schwarzschild, ein non-konformistischer Bürgerlicher, herausgab und mit den meisten Beiträgen versah. Änderte die NWB ihre Grundeinstellung bis zum Ende ihres Bestehens (31.8.1939) nicht, so war das NT zu eng an die Persönlichkeit Schwarzschilds gebunden als dass es – trotz des weiten Mitarbeiterkreises – als paradigmatisch für eine grössere Gruppe stehen könnte.

Das *Pariser Tageblatt*, die einzige deutsche Tageszeitung in der Emigration, erschien zum erstenmal am 12. Dezember 1933. Der Verleger war Wladimir Poljakow,¹ russischer Emigrant in Paris, bürgerlich, Jude. Er hatte mit seinem Geld die Zeitung gegründet, zum Chefredakteur wählte er sich den früheren demokratischen Reichstagsabgeordneten Professor Georg Bernhard, bis 1930 Chefredakteur der liberalen *Vossischen Zeitung* im Verlag Ullstein in Berlin.

Die politische Linie des *Pariser Tageblatts* legte Bernhard in einem zweisprachig abgedruckten Leitartikel der ersten Nummer dar: Die Zeitung sei

„kein ‚Emigrantenblatt‘, sondern eine Zeitung für alle Deutschen [...], die ausserhalb der Kommandogewalt des dritten Reichs leben und auf das Recht nicht verzichten wollen, das zu denken, was ihnen beliebt [...] In diesen Spalten wird Politik mit dem Blick auf die Welt [...] getrieben [...] Für uns ist die Frage, um die es geht, überhaupt keine ‚Querelle allemande‘. Alles, was jetzt in Deutschland geschieht, ist nichts anderes als Teil des grossen europäischen Problems, ein Ausläufer des gewaltigen Bebens, das die ganze Welt schüttelt.“

Die Art, in der das *Pariser Tageblatt* sein Programm verfolgte, liess sich als linksliberal bezeichnen. Der weite Kreis der Mitarbeiter – er reichte von Henri Barbusse, Romain Rolland bis zu André Gide; von dem tschechoslowakischen Aussenminister Eduard Benesch bis zu dem Schweizer Diplomaten und Historiker Carl J. Burckhardt; von Alfred Kantorowicz, Ludwig Renn, Oskar Maria Graf, Heinrich Mann über die Pazifisten Hellmut von Gerlach und Kurt Hiller bis zu Konrad Heiden, selbst bis zu Otto Strasser – zeugt von dem Versuch, so gut es ging alle Richtungen anzusprechen.

Der Schwerpunkt der Berichterstattung lag auf den aussenpolitischen Entwicklungen innerhalb des europäischen Staatensystems. Von daher, dass der Arbeit des Völkerbundes grosse Aufmerksamkeit galt, dass die Frage des Eintritts der Sowjet-Union verfolgt wurde. Berichte über – offizielle und offiziöse – Verhandlungen mit dem Dritten Reich nahmen breiten Raum ein. England vor allem sah sich wegen seiner appeasement-Politik scharfer Kommentare des *Tageblatts* ausgesetzt. Seiner zögernden Haltung etwa in der Saar-Frage wurde die entschlossene Haltung Frankreichs gegenübergestellt.² Gerade in dieser

¹ Auch: Poljakoff, Poliakow, Poliakoff.

² S. z.B. PT, 1934, Nr 290 (28.9): über die Erklärung des französischen Aussenministers vor dem Völkerbund am 27.9; Nr 330 (7.11) Marschall Pétain begründet die Erhöhung der Heeresausgaben mit Hitlers Bedrohung der Saar; vgl. auch Leitartikel von Max Braun zum Jahrestag der Abstimmung, PT, 1936, Nr 762 (13.1), in dem die Politik Englands 1934-35 heftig kritisiert wird.

Frage engagierte sich das *Pariser Tageblatt* für den status quo,¹ der als eine Brücke zur deutsch-französischen Verständigung gesehen wurde.

Meldete das *Tageblatt* am 15. Januar 1935, dass mit der Niederlage der „Freiheits-Front“² bei der Abstimmung am 13. die Saat des Terrors der „Deutschen Front“³ an der Saar aufgegangen sei,⁴ so differenzierte zwei Tage später Manuel Humbert⁵ diese weit verbreitete, auch von Max Braun vertretene, These.⁶ Er analysierte, dass der aktuelle Terror den Nationalsozialisten höchstens 40000 bis 50000 Stimmen eingebracht, dass aber „die Arbeiterschaft [...] die Probe, wie die Einzelergebnisse wichtiger Industrien lehren, ebenso schlecht wie das Bürgertum bestanden“ habe. Humberts Argumentation läuft darauf hinaus, dass ein grosser Teil der Saarbevölkerung, vor allem das Proletariat, infolge der französischen Kohlenminenexploitation⁷ kapitalistisches Ausbeutertum und Fremdherrschaft gleichsetzte und so eine leichte Beute für die Parole „Heim ins Reich“ und für die sozialen Versprechungen seitens der Nationalsozialisten wurde.

Aufmerksam beobachtete das *Pariser Tageblatt* auch die politischen Ereignisse im Gastland, die Stationen der Annäherung zwischen PCF und SFIO, CGT und CGTU zur Einheitsfront und deren Erweiterung zur Volksfront. In einem Leitartikel vom Juli 1935⁸ wurde die Volksfront – der Begriff taucht hier zum erstenmal in den Spalten des *Tageblatts* auf – positiv gewertet. Dabei zog der Verfasser einen Vergleich

¹ Status quo bedeutete: Autonomie des Saarlandes unter Kontrolle des Völkerbundes – so war es von der französischen Regierung versprochen; die Losung lautete: „Für Deutschland gegen Hitler“.

² Der Name für die Einheitsfront für den status quo von KP, SP und einigen katholischen Führern an der Saar.

³ Am 4.2.1934 war die NSDAP des Saargebiets in die „Deutsche Front“ umgewandelt worden. Über ihren Aufruf zur Sammlung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrumsleuten, Nationalsozialisten, freien und gelben Gewerkschaftlern für „Unser Deutschland“ s. PT, 1934, Nr 80 (2.3).

⁴ PT, 1935, Nr 399, (15.1): „Der Saar-Terror trägt seine Früchte – Keine freie Abstimmung.“

⁵ Pseudonym von Kurt Caro. Er hatte bereits vor 1933 unter Bernhard gearbeitet. Dieser machte ihn nun zu seinem Stellvertreter beim Pariser Tageblatt.

⁶ PT, 1935, Nr 401 (17.1): „Entfesselung der Leidenschaften. Wie es zu der Saar-Niederlage kam.“

⁷ Im Versailler Vertrag wurden die südlichen Teile der Rheinprovinz und die westlichen der bayerischen Pfalz als „Saarland“ einer Völkerbundsregierung unterstellt, das Eigentum an den Kohlengruben und deren alleinige Ausbeutung aber dem französischen Staat zugesprochen.

⁸ PT, 1935, Nr 572 (7.7): „Linkskonzentration in Frankreich“; vgl. Nr 557 (23.6), in der derselbe Verfasser feststellt, dass die PCF mit ihrer Taktik eines Linkskartells „im Augenblick ‚rechts‘ von den ‚Sozialverrätern‘“ stehe, dass es aber den Sozialisten nicht anstünde, dagegen zu opponieren; auch sei es nur von sekundärer Bedeutung, ob die neue Taktik aus Moskau komme oder nicht.

zwischen der letzten Zeit der Weimarer Republik und der ungleich gefährlicheren Situation der Demokratie in Frankreich:

„Man braucht sich nur zu überlegen, welche gewaltige anti-hitlerische Kampffront entstanden wäre, wenn sich etwa 1932 die Deutsche Sozialdemokratie und die Deutsche Kommunistische Partei zu einer taktischen Verständigung entschlossen hätten...“

Garantien für den ernsthaften Willen der PCF, mit den Sozialisten und dem (linken) Bürgertum zusammenzuarbeiten, sieht der Verfasser einmal in der Beschränkung der Partei auf ein „Minimalprogramm“, das auch den Radikalsozialisten ermögliche, sich der „sogenannten ‚antifaschistischen Volksfront‘“ anzuschließen, zum anderen in der „Sicherheits-Erklärung“, die Stalin im Moskauer Communiqué über den französisch-russischen Pakt vom Mai 1935 gegeben habe. Dadurch werde es der PCF möglich, nicht mehr „unter allen Umständen gegen jede Landesverteidigung zu sein“. In allen parteipolitischen Fragen der Emigration hielt sich das *Pariser Tageblatt* zunächst betont zurück. Berichtete es über politische Emigrationsgruppen, so ohne Wertung. Das *Tageblatt* befasste sich in erster Linie mit Fragen, die die Gesamt-Emigration betrafen, besonders mit dem Flüchtlingsproblem. Hier setzte sich die Zeitung immer wieder für eine Regelung durch den Völkerbund ein.¹

Den ersten „Beitrag zur politischen Diskussion“ lieferte Konrad Heiden im Leitartikel vom 26. Juni 1935. Unter dem Motto „Heraus aus der Zersplitterung!“ rief er die Emigranten auf, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, sich zum antifaschistischen Kampf für Freiheit, für Sozialismus, für eine Neugestaltung Europas zu einigen. Am 11. August folgte Georg Bernhard mit seinem Leitartikel „Emigranten erwacht!“ und am 3. September Heinrich Mann mit einem Nekrolog auf Henri Barbusse, in dem er auf den Anschluss der französischen Schriftsteller an die Kommunisten einging und u.a. schrieb:

„Der Sozialismus wird in französischen Köpfen verwirklicht zu derselben Zeit, da die Sowjet-Union sich als Demokratie enthüllt und einen neuen, realen Humanismus verkündet.“

Das *Pariser Tageblatt* verhielt sich jedoch – gerade wegen der Einsicht in die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Kommunisten – kritisch gegenüber der neuen Taktik der Komintern. Dimitroffs richtungweisende Rede auf dem VII. Weltkongress wurde in nur weni-

¹ G. Bernhard gehörte selbst im November 1935 zu einer vierköpfigen Delegation deutscher Emigranten, die von der Expertenkommission des Völkerbunds empfangen wurde und ein 6 Forderungen umfassendes Memorandum überreichte, s. PT, 1935, Nr 722 (4.12) und 723 (5.12).

gen Zeilen bekannt gemacht. Das Janus-Gesicht der Volksfront-Parole legte Kurt Hiller in einem Leitartikel dar.¹ Hiller bezeichnete die neue Linie als „Litwinowismus“, als „realistisch gewordener Bolschewismus“, dem aber die innerpolitischen Konsequenzen fehlten, man habe sich trotz Mut zum neuen Kurs vor der alten „Subalternität“ verbeugt. Hiller fürchtet, dass der immanente Widerspruch in der Proklamation der antifaschistischen Volksfront einerseits und der Forderung des Primats der Interessen der einheitlich bolschewistisch ausgerichteten Partei andererseits „das Vertrauen gerade der Werktätigen verscherzt, die man gewinnen möchte, und sei's auch nur für die Einheitsfront“. Über die „Brüsseler Konferenz“ der KPD wird Anfang Dezember ausführlich, und zwar auf der Titelseite, berichtet;² aber das *Tageblatt* verzichtet auf einen Kommentar.

Im ganzen wahrte das *Pariser Tageblatt* seine Zurückhaltung auch nach der Gründung des Volksfront-Ausschusses, in dem Georg Bernhard als einer der Vertreter der Bürgerlichen sass. Erst am 13. Februar publizierte es das „Manifest“,³ und der erste redaktionelle Bericht über die Tagung vom 2. Februar erschien am 28. Februar, als Einleitung zum Abdruck des „Amnestie-Appells“.

Die Öffentlichkeit wurde am 11. Juni 1936 überrascht: Das *Pariser Tageblatt* erklärte seinen Lesern auf der Titelseite, der Verleger Poljakow habe „vor etwa zehn Tagen im Deutschen Konsulat [...] mit Dr. Schmolz, dem Leiter der Presse- und Propaganda-Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris und Sonderbeauftragten zur Überwachung der deutschen Emigranten, verhandelt“. Daraufhin habe er dem zur Zeit in Amerika weilenden Chefredakteur Georg Bernhard gekündigt. Dem ebenfalls gekündigten Geschäftsführer des Verlages, Arthur Grave, gegenüber habe Poljakow erklärt, dass der neue Chefredakteur „einen anderen Kurs in der Zeitung einschlagen und sich gegenüber Hitler und dessen Bestrebungen loyaler einstellen“ werde. Diese „Erklärung“ hatten die Redakteure unter Leitung von Manuel Humbert und Fritz Wolff verfasst. Sie kündigten ferner die Liquidierung des *Tageblatts* und das Erscheinen der neuen *Pariser Tageszeitung* für den nächsten Tag an.

Im *Pariser Tageblatt* vom 12. Juni wandte sich Poljakow mit einer

¹ PT, 1935, Nr 655 (28.9): „Die Logik im Rollstuhl. Zur Antikriegs-Resolution des VII. Weltkongresses der Komintern.“

² PT, 1935, Nr 721 (3.12): „Neue Taktik der K.P.D.“

³ Lediglich unter der Überschrift: „Sammlung der Opposition: eine Kundgebung im Anschluss an eine grosse Auslandstagung aller Richtungen.“ – Das Zürcher sozialdemokratische Tageblatt *Volksrecht* dagegen publizierte das „Manifest“ bereits am 7.2.36, und zwar auf der Titelseite.

„Erklärung des Verlegers“ gegen die „verleumderischen Behauptungen“. Er schloss:

„Das *Pariser Tageblatt* bleibt, wie bisher ein Kampfblatt gegen das Hitlertum, für Freiheit und Menschenrechte und wird dies durch seine Haltung vor den Lesern und vor der Welt tagtäglich beweisen.“

Am 14. Juni erschien das *Pariser Tageblatt* in neuer Aufmachung, unter dem Motto: „Kampfblatt gegen Hitlerismus, für Freiheit und Menschenrechte“. Es war die letzte Ausgabe. Der Verleger und der neue, am Tage des Eclats von Poljakow berufene Chefredakteur Dr Richard Lewinsohn¹ resignierten.²

Humbert-Caro und Wolff hatten am 12. Juni die erste Nummer der *Pariser Tageszeitung* herausgegeben, in der gleichen Aufmachung wie das alte *Tageblatt*. Georg Bernhard war im Impressum als Chefredakteur aufgeführt. Der neuen *Tageszeitung* gaben sie das Motto: „Das Kampfblatt gegen den Hitlerismus, für die Freiheit und die Menschenrechte“. In formaler Anlehnung an Zolas „J'accuse“ klagten die Redakteure „den jüdischen Verleger Wladimir Poljakow an, das Kampfblatt der Emigration [...] zum Gegenstand des Schachers und des Verrats an das Dritte Reich gemacht zu haben“; sie forderten ihn auf, „uns vor einem ordentlichen Gericht Rechenschaft und Antwort zu stehen oder es zu wagen, einem aus Persönlichkeiten der Emigration gebildeten unparteiischen Schiedsgericht gegenüberzutreten“. Mitangeklagt wurde Lewinsohn.

Mehrere Schiedsgerichtsverfahren und Prozesse vor ordentlichen französischen Gerichten fanden 1936, 1937 und 1938 statt. Aus ihnen ist zu ersehen: Es gab bei der *Affaire Pariser Tageblatt* | *Pariser Tageszeitung* Intrige, Verleumdung, Betrug, aber auch Gutgläubigkeit. Es ging um Geld, es ging um persönliche Eitelkeiten und journalistisch-ideologische Differenzen, die, gerade weil sie sich in der Emigration abspielten, unproportionierte Ausmasse annahmen. Und es ging um ein politisches Ziel: die deutsche Volksfront. Die *Affaire* und ihre Auswirkungen erscheinen in der Retrospektive als ein Signal für die künftigen Krisen und die schliessliche Lahmlegung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“.

Was war geschehen? Das *Pariser Tageblatt* stand finanziell vor dem

¹ Lewinsohn arbeitete meist unter dem Pseudonym „Morus“. Er war vor 1933 Chef des Wirtschaftsteils der Vossischen Zeitung und 10 Jahre lang Mitarbeiter der Weltbühne.

² S. „Erklärung“ von Morus in NWB, 1936, Nr 26 (25.6).

Ruin.¹ Poljakow sprach im Mai 1936 mit Bernhard ab, dass dieser auf seiner bevorstehenden Amerika-Reise Geld besorgen solle, andernfalls müsse er die Zeitung verkaufen. Mit einem seriösen Käufer, Dr Leites, hatte Poljakow bereits Verhandlungen aufgenommen. Dass der eventuelle neue Verleger anstelle Bernhards Lewinsohn-Morus als Chefredakteur einsetzen wollte, scheint zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt gewesen zu sein. Bernhard allerdings wollte die Zeitung auch materiell in die Hand bekommen. Das hätte für ihn wie für die führenden Redakteure bedeutet: Unkündbarkeit und finanzielle Sicherung. Darüber hinaus waren Reibungen zwischen dem Verleger und einigen Redakteuren entstanden über die Funktion des *Tageblatts*. Poljakow wollte die intellektuelle Qualität der Zeitung gewahrt wissen, er forderte journalistische Sorgfaltspflicht anstelle billiger Ressentiments.² So entwarfen Bernhard, Wolff und Caro einen Plan, mit Hilfe des zusammengebrachten Geldes das *Tageblatt* selbst zu übernehmen. Während der Abwesenheit von Bernhard – und ohne diesen zu verständigen – änderten die Redakteure den Plan und lancierten die Nachricht von den Verhandlungen Poljakows mit dem Mittelsmann Goebbels’.

Münzenberg war es gewesen, der diese Neuigkeit Anfang Juni der Redaktion überbrachte; er hatte sie offensichtlich gutgläubig von einem Bekannten übernommen.³ Er sah eine Chance, den Skandal zur Förderung der deutschen Volksfront auszunutzen. Schon früher hatte Münzenberg mit Schwarzschild und anderen einen Plan diskutiert, einen „Gesamtverlag der Emigration“ mit einer Tageszeitung in Paris

¹ Für das folgende s. vor allem: „Bericht der Minderheit der Untersuchungskommission in der Streitsache Bernhard-Caro einerseits, Schwarzschild andererseits für die Association des Journalistes Allemands Emigrés“, vom 27.2.1937, IISG; im folgenden zitiert: Minderheits-Bericht. Und: „Das Urteil der deutschen Journalisten im Fall Poljakow – Pariser Tageblatt. Bericht der Untersuchungskommission des Verbandes Deutscher Journalisten in der Emigration über seine Arbeit in Sachen Bernhard – Schwarzschild und Schwarzschild – Bernhard, veröffentlicht in PTZ, 1937, Nr 266 (4.3), S. 3-4; im folgenden zitiert: Mehrheits-Urteil. Vgl. die Version bei Grossmann, a.a.O., S. 98 ff., der sich auf Leo Poliakoff, *The Pariser Tageblatt Affair*, Paris 1938, stützt.

² S. Minderheits-Bericht, a.a.O., S. 37.

³ S. Minderheits-Bericht, S. 22ff; vgl. Scheer, a.a.O., S. 14off.: Der Informant Münzenbergs scheint Frédéric Drach gewesen zu sein, Redakteur der Zeitschrift VU. Dieser wiederum berief sich auf Madame Luchaire (d.i. Antonia Valentin), die jedoch später dementierte (s. Minderheits-Bericht, S. 41), ebenso wie Humbert-Caro (s. NWB, 1936, Nr 27 (2.7)). – Der Ursprung der Nachricht ist nie geklärt worden, höchstwahrscheinlich ist eine anonyme Anzeige bei der französischen politischen Polizei gegen Poljakow eingegangen, s. Minderheits-Bericht, S. 42, und vgl. Mehrheits-Urteil: dem französischen radikalsozialistischen Abgeordneten S. Grumbach (hier nicht namentlich genannt) soll auf Rückfrage bei der Polizei mitgeteilt worden sein, dass eine Anzeige vorliege.

zu schaffen.¹ Am 4. Juni und in den folgenden Tagen wurden führende Persönlichkeiten des Volksfront-Ausschusses und anderer Organisationen über die Strategie zur Übernahme des *Pariser Tageblatts* unterrichtet; die Glückwunschartikeln, die die *Pariser Tageszeitung* in ihrer ersten Ausgabe präsentieren konnte,² wurden vorbereitet.

Zunächst nahm man allgemein an, dass die Beschuldigung gegen den Verleger auf Wahrheit beruhe: Poljakow war als unpolitischer Geschäftsmann bekannt. Die Parallele zu dem Fall der saarländischen Wochenzeitung *Westland* drängte sich geradezu auf: *Westland* hatte sich seit ihrem Erscheinen am 11. November 1933 unter ihrem Chefredakteur August Stern gegen Hitler, auf die Seite der status quo-Anhänger gestellt. Im November 1934 – sieben Wochen vor dem Saar-Plebiszit – verkaufte der Verleger Siegfried Thalheimer, um dem Konkurs zuvorzukommen, das Blatt aus Leichtgläubigkeit und Unwissenheit an einen Mittelsmann Goebbels'. Die Redaktion des *Westland* gründete daraufhin das „unabhängige deutsche Wochenblatt“ *Grenzland*, das am 2. Dezember zum erstenmal herauskam.³

Erste Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Beschuldigung gegen Poljakow tauchten auf, als im Laufe des 11. Juni der Name des designierten Chefredakteurs des *Pariser Tageblatts* bekannt wurde; Richard Lewinsohn-Morus war allgemein als integer angesehen. Schwarzschild verließ daraufhin sofort die Volksfront-Gruppe und stellte eigene Untersuchungen über die Hintergründe der Anschuldigungen an; deren Ergebnisse veröffentlichte er im *Neuen Tage-Buch*.⁴ Münzenberg, der zurückgekehrte Bernhard und die übrigen Beteiligten unterstützten das *fait accompli*, viele glaubten, aus politischen Erwägungen lieber nicht allzu tief die Wahrheit ergründen zu sollen. So trat auch ein Schiedsgericht des Volksfront-Ausschusses, dessen Vorsitz Albert Grzesinski hatte übernehmen sollen,⁵ nicht zusammen. Erst der „Verband Deut-

¹ Münzenberg machte entweder noch vor der Affaire oder Anfang Juni ein Angebot, das *Pariser Tageblatt* zu kaufen; Bernhard war dem Vorschlag geneigt, doch Wolff lehnte ab, s. Minderheits-Bericht, S. 41.

² PTZ, 1936, Nr 1 (12.6): Unter der Balkenüberschrift „Einheitsfront gegen den Verrat“ gratulierten Breitscheid, Braun, Münzenberg („Sprachrohr der geeinten Linken“ sei die neue „Tageszeitung“); Victor Basch, Präsident der französischen Liga für Menschenrechte; der „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“; der „Deutsche Klub“ in Paris u.v.a.

³ Zur *Westland*-Affaire s.: Leitartikel in *Westland* vom 1.12. 34 (die letzte freie Ausgabe war die vom 17.11); Kommentar in NT vom 1.12.34, S. 1131; Stellungnahme der Redaktion *Grenzland* vom 2.12.34.

⁴ S. NT, 1936, H. 27 (4.7), S. 631f.: „Der Fall ‚Pariser Tageblatt‘“; H. 28 (11.7), S. 654; H. 29 (18.7), S. 679f.: „Letztes Wort“. Alle Artikel sind ungezeichnet.

⁵ Grzesinski: ehemaliger sozialdemokratischer Innenminister in Preussen und Polizeipräsident von Berlin. Weitere vorgesehene Mitglieder des Untersuchungsausschusses: Münzenberg (KPD), Jacob Walcher (SAP), Gumbel (Bürgerliche).

scher Journalisten in der Emigration" begann im Oktober 1936 mit einem Schiedsgerichtsverfahren, nachdem es auf einer Mitgliederversammlung Ende Juni zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Bernhard und Schwarzschild gekommen war. Die Untersuchungen zogen sich bis zum Februar des folgenden Jahres hin. Die fünfköpfige Kommission fand nicht zu einem gemeinsamen Urteil: Die Minderheit – Paul Dreyfus als Vertreter Schwarzschilds und Berthold Jacob – verfasste einen Bericht,¹ der durch seine ausführliche Dokumentation und seine scharfe Kritik an den Führern des Volksfront-Ausschusses² die Hauptbeteiligten an der Aktion gegen Poljakow verurteilte. Für die Schuld des Verlegers fanden Dreyfus und Jacob keine stichhaltigen Anhaltspunkte.

Die Mehrheit der Untersuchungskommission – Ruth Fischer als Vorsitzende,³ der Sozialdemokrat Robert Breuer als Vertreter Bernhards und Arkadi Maslow – ging in ihrem Urteil⁴ nicht auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Anschuldigung gegen Poljakow ein; sie billigte vielmehr den Redakteuren zu, „im guten Glauben“ gehandelt zu haben, das warnende Beispiel des Falles *Westland* vor Augen. Für ein Komplott gegen den Verleger sah die Mehrheit keine Beweise. Der Urteilspruch der drei lief auf eine erneute Anklage gegen Poljakow und Lewinsohn, in die auch Schwarzschild einbezogen wurde, hinaus. Sie seien „bürgerliche“ Emigranten, die nichts mit der politischen Emigration, einschliesslich der aktiven Bürgerlichen, gemein hätten ausser ihrer Gegnerschaft gegen Hitler; ihnen gilt der im Urteil allgemein ausgesprochene Vorwurf von der „Undurchsichtigkeit der Beziehung vieler bürgerlicher Emigranten zum heutigen Deutschland“.

Die *Affaire Pariser Tageblatt | Pariser Tageszeitung* schien zunächst den „Ausschuss zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“ zu stärken. Der Anschein des Rechts war auf Seiten der Akteure gegen Poljakow. Fast die gesamte Emigrationspresse stellte sich hinter Bernhard und seine Redaktion, einige – wie die *Neue Weltbühne* – mit Fragezeichen.

Eine der Folgen der *Affaire* aber war, dass Schwarzschild, der anfangs im Volksfront-Ausschuss ausserordentlich aktiv war und u.a. einen Verfassungsentwurf für das Reich nach Hitler zur Diskussion

¹ S. Minderheits-Bericht, a.a.O.

² „...Das gemeinsame der derartig einen Ring bildenden Personen ist, dass alle, zu den Bankrotteuren der Weimarer Republik gehören, in der sie als Beamte, Parlamentarier, Geschäftsleute und Journalisten eine Rolle gespielt haben...“, Minderheits-Bericht, a.a.O., S. 38.

³ Sie war einstimmig gewählt worden, nachdem der ursprüngliche Vorsitzende, Dr Feder, sein Mandat wegen Unstimmigkeiten mit B. Jacob niedergelegt hatte.

⁴ S. Mehrheits-Urteil, a.a.O.

stellte,¹ Ende 1936 offiziell austrat.² Er arbeitete von da an für eine neue Sammlung der Emigration, die sich auf das Bürgertum stützte. Darüber hinaus spaltete sich der „Verband deutscher Journalisten in der Emigration“: Im Juni 1937 gründeten Schwarzschild, Jacob und Dreyfus den Bund „Freie Presse und Literatur“.³ Der Bund trat gleichzeitig in Konkurrenz zum „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“, von dem ebenfalls Mitglieder absprangen. Zu den langfristigen Folgen gehört, dass Bernhard um die Jahreswende 1937-38 aus der *Pariser Tageszeitung* ausscheiden musste: er verlor einen Prozess gegen Poljakow, seine dubiose Haltung in der Affaire wurde aufgedeckt.⁴ Das machte ihn in der Öffentlichkeit untragbar.⁵

In der Zwischenzeit aber waren Poljakow und Schwarzschild schweren Angriffen ausgesetzt. Poljakow wurde als weissrussischer Jude beschimpft, und das Untersuchungsverfahren eines jüdischen Ehrengerichts, das der Verleger angestrengt hatte, bezeichnete die *Pariser Tageszeitung* als „Kameradengericht“, Mitglieder dieser Kommission als „zionistische Faschisten“,⁶ als „Agenten der Gestapo und Schädlinge des deutschen Judentums“.⁷ Die Polemik gegen Schwarzschild,

¹ Vgl. Gross, a.a.O., S. 305f.

² In „Lehren einer Erfahrung“, in: NT, 1936, Nr 52 (26.12), rechnete Schwarzschild mit der Volksfront politisch ab. Bereits in NT, Nr 44 vom 31.10.36 übte er grundsätzliche Kritik an der französischen Volksfront-Koalition.

³ Alle drei hatten am 27.5.37 ihren Austritt aus dem Journalisten-Verband erklärt, doch schwebte ohnehin ein Ausschlussverfahren gegen sie, s. PTZ, 1937, Nr 352 (30.5). Den Aufruf des Bundes „Freie Presse und Literatur“ unterschrieben u.a. Alfred Döblin, Konrad Heiden, Hermann Kesten, Klaus Mann, Walter Mehring, s. NT, 1937, H. 25 (19.6). – Schwarzschild, Poljakow und andere der Gruppe traten auch Anfang 1937 aus der „Association Professionnelle de la Presse Etrangère“ aus, die ebenfalls ein Untersuchungsverfahren eingeleitet hatte, s. Mehrheits-Urteil.

⁴ In einem Beleidigungsprozess vor einem französischen Gericht, den Poljakow gegen Bernhard angestrengt hatte, wurde Ende 1937 festgestellt, dass der Verleger völlig unschuldig sei. Das Urteil wurde noch einmal bekräftigt – mit geringfügigen Nuancen in der Begründung – in einem von Bernhard angestrengten Revisionsprozess vor dem Cour d’Appel am 18.7.38, s. „Urteil in der Klageberufung Poliakoff ./ Stora [d.i. der Gérant – Verf.] und Bernhard“, IISG.

⁵ Ab Nr 578 vom 12.1.38 wird der Name Bernhards nicht mehr im Impressum der *Pariser Tageszeitung* geführt. – Grossmann, a.a.O., S. 103, gibt als Grund für Bernhards Ausscheiden an, dass er versucht habe, den de facto Verleger der „Tageszeitung“, Fritz Wolff, auszuschalten, und darum von diesem entlassen worden sei.

⁶ S. PTZ, 1936, 23.7: „Das Kameradengericht“. – Das „Urteil des jüdischen Ehrengerichts in Sachen ‚Pariser Tageblatt‘“ ist veröffentlicht in NT, 1936, H. 30 (25.7), S. 719f.

⁷ S. „Die Affaire Poliakow/Pariser Tageblatt“, Manuskript zur „vertraulichen“ und „persönlichen“ Kenntnisnahme vervielfältigt von der Redaktion der PTZ, undatiert, IISG.

steigerte sich: Ihm wurde vorgeworfen, dem politischen Interesse der Emigration entgegengewirkt zu haben, indem er sich die Rolle Zolas anmass, um unter allen Umständen die Wahrheit aufzudecken.¹ Im März 1937 bezeichnete die *Pariser Tageszeitung* sein *Neues Tage-Buch* als „geradezu ein Zentralorgan aller Zersetzer und Spalter der antifaschistischen Front“.² Schliesslich erschien eine Broschüre, in der Bruno Frei von der „objektive[n] Gleichschaltung der trotzkistischen Hetze mit der Goebbels-Propaganda“ sprach.³ So hatte sich die *Affaire Pariser Tageblatt | Pariser Tageszeitung* zu einem Pariser Prozess gegen „Zionisten“ und „Trotzkisten“ ausgewachsen.

Nach der Trennung von Poljakow trat Fritz Wolff als Verleger der *Pariser Tageszeitung* auf. Doch so lange Georg Bernhard Chefredakteur war, verfolgte die *Tageszeitung* im Grunde die alte linksliberale Linie des *Tageblatts* weiter. Humbert-Caros Kommentare und Leitartikel – vor allem zum Spanischen Bürgerkrieg –, in denen er weitgehend die Sprachregelung der KPD übernahm, blieben Ausnahmen. In dem Masse, in dem der Volksfront-Ausschuss in politischen und taktischen Fragen in Kommunisten und Nichtkommunisten auseinanderfiel, widmete die *Pariser Tageszeitung* ernsthaften Gruppenbildungen ausserhalb der Volksfront mehr Aufmerksamkeit als früher. Die Veröffentlichungen über die „Deutsche Freiheitspartei“⁴ führten von

¹ S. das inquisitorische Verhör Schwarzschilds durch R. Breuer und A. Maslow in der Sitzung der Untersuchungskommission des Journalistenverbandes am 19.-20. 12.36, Protokoll in Minderheits-Bericht. S. 39-41. Breuer spielte später eine hervorragende Rolle in den „Freundeskreisen der deutschen Volksfront“, s. dazu unten.

² PTZ, 1937, Nr 268 (6.3); der Artikel war aus der Deutschen Volks-Zeitung übernommen worden, Verfasser: Bruno Frei.

³ Bruno Frei, „Hypnose oder Psychose im Neuen Tagebuch“, 8seitige Broschüre, Verlag der Deutschen Volks-Zeitung, Prag, gedruckt in Paris, o.D. (1937). – Der Titel der Broschüre bezieht sich auf einen Artikel Schwarzschilds zu dem Prozess gegen Radek und Genossen: „Hypnose in Moskau“, in: NT, 1937, 27.2.

⁴ Die „Deutsche Freiheitspartei“ bildete sich Ende 1936 – Anfang 1937 aus bürgerlichen, vielfach katholischen Kreisen (ehemal. Deutsche Demokratische Partei – Deutsche Staatspartei, ehemal. Zentrum). Dr Otto Klepper – letzter Finanzminister der preuss. Regierung, Pater Muckermann, Prälat Poels, Dr Karl Spiecker – Pressechef im Kabinett Brüning, waren die führenden Köpfe der DFP auf dem Kontinent. Auch Rudolf Breitscheid und Willi Münzenberg arbeiteten 1937-1938 mit der DFP zusammen. (Zu ihrem Austritt aus dem Volksfront-Ausschuss s. weiter unten.) Die DFP hatte keine feste organisatorische Form, stand in enger Verbindung mit innerdeutschen oppositionellen bürgerlichen Kreisen. Sie wollte anstelle der „Volksfront von Moskau die Volksfront aller freiheitsliebenden Deutschen“, s. *Der deutsche Weg* (Zeitschr. hrsg. von Pater Muckermann in Holland), 1938, Nr 6 (6.2). Weitere Publikationsorgane der DFP: *Das wahre Deutschland*, ab 1938 in London (das zweite Zentrum der DFP) und *Deutsche Freiheitsbriefe*, illegal, ab Frühjahr 1937, vgl. Gross in *Das Parlament*, B. 43/62, S. 539 und *Exil-Literatur*, a.a.O., S. 160f.

Mitte 1937 an zu immer heftigeren Angriffen in der *Deutschen Volkszeitung* und in *Runa (Rundschau-Nachrichten)*. Schliesslich antwortete Max Braun als Vorsitzender des Arbeitsausschusses des Volksfront-Komitees in den Spalten der *Pariser Tageszeitung* auf die Polemik, die auch in den Ausschuss hineingetragen worden war.¹ Und die nicht-kommunistischen Mitglieder des Arbeitsausschusses riefen Heinrich Mann um Vermittlung an; dabei machten sie die Funktion der *Tageszeitung* deutlich:²

„Die ‚Pariser Tageszeitung‘, die sehr wirksam die Volksfront-Politik unterstützt, war nie ein Organ der Volksfront, sondern ein linkes bürgerliches Blatt im Rahmen der Gesamtopposition gegen das Hitlerregime.“

Im Frühsommer 1938 wurden die Redakteure Wolff und Caro aus Frankreich ausgewiesen.³ Damit schieden sie aus der *Pariser Tageszeitung* aus. Anfang Juli 1938 trat die Sozialdemokratin Anna Geyer⁴ in die Redaktion ein.⁵ Gegenüber dem Parteivorstand verteidigte sie ihren Schritt: die *Tageszeitung* sei „ein antifaschistisches Organ, das nichts mehr mit den Kommunisten zu tun habe...“⁶ Etwa zur gleichen Zeit wollte Max Braun – mit finanzieller Unterstützung Münzenbergs – die *Tageszeitung* für 100000 Frances kaufen; das Angebot wurde abgelehnt.⁷ Im Oktober desselben Jahres stellte die *Tageszeitung* fest,⁸

¹ S. PTZ, 1937, Nr 483 (9.10).

² Brief Max Braun, Jacob Walcher, Georg Bernhard vom 9.10.37 (Zitat: S. 2), IISG. (Heinrich Mann wohnte in Nizza und kam nur ab und zu nach Paris.)

³ S. Brief Erich Ollenhauer an Otto Wels vom 9.7.38, SPD-Archiv, Bonn. Als Grund für die Ausweisung wird angenommen: „Gefährdung der französischen Staatsinteressen“; vgl. Brief Fritz Heine an O. Wels vom 1.7.38 (ebenda): Heine deutet eine reichsdeutsche Pressekampagne, verbunden mit deutscher und englischer Demarche bei der französischen Regierung, an.

⁴ Frau von Curt Geyer, Chefredakteur des Neuen Vorwärts (NV), des Zentralorgans der Sopade. Geyer, Pseudonym Max Klinger, war einer der Hauptsprecher des rechten Flügels der Sopade, obgleich nicht im Parteivorstand. Anna Geyer selbst kam – wie Curt Geyer – ursprünglich aus der KPD.

⁵ Chefredakteur ist nun Carl Misch, vor 1933 u.a. eine Zeitlang für den Gesamthalt (ausser Handelsteil) der Vossischen Zeitung verantwortlich.

⁶ Brief Ollenhauer a.a.O.; am 24.1.38 schrieb z.B. Rudolf Hilferding an Paul Hertz im Zusammenhang mit dem Ausscheiden Bernhards aus der „Tageszeitung“: „Die kommunistischen Geldquellen reichen aber auf keinen Fall lange aus, und man rechnet hier mit dem baldigen Eingehen der Zeitung“, IISG. In den ersten Monaten des Jahres 1938 findet man Anzeigen für die kommunistische Deutsche Volks-Zeitung. (Die Pariser Tageszeitung erschien noch bis in den Februar 1940 hinein.)

⁷ S. Brief Fritz Heine an O. Wels vom 10.7.38, SPD-Archiv, Bonn.

⁸ PTZ, 1938, Nr 823 (23.-24.10).

dass „die Parteiungen innerhalb der deutschen Opposition“ keinen Sinn hätten:

„Denn nur die Einigkeit kann dem Machtlosen Macht verschaffen. Deshalb kennt die ‚Pariser Tageszeitung‘ lediglich ein Ziel: die Einigung Aller – über die Gruppen hinaus! Der Stab unserer Mitarbeiter zeugt hierfür...“

Allerdings macht die Art der Berichterstattung immer deutlicher, dass die Einigung nunmehr ohne die Kommunisten gedacht war. Als der Hitler-Stalin-Pakt abgeschlossen wurde, triumphierte die *Pariser Tageszeitung* geradezu. Sie fühlte sich in ihrer antikommunistischen Linie seit Mitte 1938 bestätigt; die Volksfront-Politik sei nur ein „Bluff“ Moskaus gewesen.¹

Mit der Geschichte des Volksfront-Ausschusses in Paris sind drei weitere Zeitschriften eng verbunden: *Der Gegen-Angriff*, die *AIZ* (*Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*) und die *Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek*. Alle drei Zeitschriften änderten im Zuge der deutschen Volksfrontbewegung Titel und Ausrichtung.

Willi Münzenberg gründete in den ersten Monaten seiner Emigration in Paris zusammen mit Alexander Abusch² und Bruno Frei,³ Goebbels' *Angriff* polemisch kontrastierend, den *Gegen-Angriff*. Vom 1. Mai 1933 an erschien dieser zunächst vierzehntäglich, dann wöchentlich unter der Chefredaktion von Abusch; 1935 löste Frei ihn ab. Der *Gegen-Angriff* folgte in der grossen Linie der Politik der KPD. Doch in der Frage nach einer gemeinsamen Front gegen Hitler, in der Frage nach möglichen Bündnispartnern für die KPD, spiegelte die Zeitschrift die Ideen Münzenbergs wider.⁴

So initiierte der *Gegen-Angriff* bereits im Herbst 1934 einen Aufruf deutscher Intellektueller in der Emigration an ihre Kollegen in Deutschland.⁵ Einer deutschen „Einheitsfront aller Parteien, Ligen,

¹ PTZ, 1939, Nr 1081 (23.8): „Höhepunkt des Bluffs“.

² Abusch (Pseud. vor 1933): Ernst Reinhardt, während der Emigration: Ernst Bayer) war zuletzt Redakteur beim kommunistischen Ruhrecho gewesen.

³ Frei (richtiger Name: Benedikt Freistadt) war zuletzt Chef-redakteur von Münzenbergs Berlin am Morgen, als „parteiloser Linker“, vgl. Gross, a.a.O., S. 177 und 255 und Exil-literatur, a.a.O., S. 133. Freis Pseudonym während der Emigration: Karl Franz.

⁴ Die Zeitschrift war mehr offiziöses, denn offizielles KPD-Organ, wie z.B. die Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel). Jedoch übernahm die Rundschau viele Beiträge von GA und besonders dann von DVZ zur aktuellen Politik und Taktik der Partei.

⁵ S. *Gegen-Angriff* (GA), 1934, Nr 40 (3.10), S. 5: „Antwort an den ‚Völkischen Beobachter‘ [...] Deutsche sprechen zu Euch.“ Der Aufruf war u.a. unterschrie-

Katholiken und aller Hitlergegner“¹ wurde im Sommer 1935 die französische Volksfront als Leitbild vorgestellt.²

Im Rahmen der Propaganda für eine deutsche Einheits- und Volksfront wurde die Kritik am Parteivorstand der SPD in Prag, der jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte, schärfer, wenn sie auch nicht die polemischen Formen annahm wie in der Periode der Taktik der Einheitsfront „von unten“. Am ausführlichsten wurde die Kritik nach den im November 1935 gescheiterten Verhandlungen³ formuliert.

Am 14. März 1936 teilte der *Gegen-Angriff* mit, dass er mit dieser Nummer sein Erscheinen einstelle.⁴ Statt dessen sei die *Deutsche Volks-Zeitung* geschaffen, als:

„Tribüne der Einheitsfront des kämpferischen Antifaschismus in allen deutschsprachigen Ländern rund um das Dritte Reich, in allen Kreisen der deutschen Emigration
Fanfare des Friedens und der Freiheit
Pionier der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und aller europäischen Freunde des Friedens und der Freiheit des deutschen Volkes gegen den Kriegsbrandstifter Hitler.“

Mit der *Deutschen Volks-Zeitung* (D.V.Z.) hatte die KPD unter der Chefredaktion von Lex Ende⁵ ihre alte *Deutsche Volks-Zeitung*⁶ wieder. Anfang Juni 1936 startete die *Volkszeitung* eine Diskussion

ben von Alfred Kerr, Prinz Max zu Hohenlohe-Langenburg, Professor E. J. Gumbel, Klaus Mann, Erich Weinert.

¹ S. GA, 1935, Nr 29 (19.7): Kommentar zu einem abgedruckten illegalen Flugblatt aus Berlin, unterzeichnet von Sozialdemokraten, Kommunisten und freigewerkschaftlichen Arbeitern.

² S. GA, 1935, Nr 26 (29.6), S. 1: „Paris als Vorbild“ – Bericht über die Solidaritätskundgebung der Pariser Volksfront-Parteien und -Organisationen in Montreuil am 23.6; GA, Nr 27 (5.7), S. 2: „Einheitsfront gegen Hitler...“ – Abdruck des „Montreuil-Aufrufs“ an die deutsche Opposition; GA, Nr 32 (10.8), S. 3: „Wir beschwören Euch: Macht Schluss mit der Zersplitterung!“ – Abdruck eines „Aufrufes an Deutsche Antifaschisten“, verfasst auf einer Kundgebung der Pariser Volksfront in Boulogne-Billancourt am 27.7.

³ S. GA, 1935, Nr 48 (30.11): „Der Weg zum Sturz Hitlers“ – Bericht über Vorgeschichte und Verlauf der Verhandlungen am 23.11 und GA, Nr 49 (7.12), S. 2 – Auszug aus dem Verhandlungsbericht der Roten Fahne.

⁴ GA, 1936, Nr 11 (14.3), S. 7: „An unsere Leser!“ (Hervorhebungen im Original).
⁵ Lex (eigentlich: Adolf) Ende schrieb unter dem Pseudonym Lex Breuer.

⁶ Vom 15.2.34 (Nr 1) bis zum 31.12.34 (möglicherweise bis zum Saar-Plebiszit am 13.1.35) hatte die KPD praktisch ein Zentralorgan an der Saar, in dem u.a. W. Knorin, W. Pieck, Walter, Radek publizierten: die *Deutsche Volks-Zeitung* in Saarbrücken, „Einziges unabhängiges Wochenblatt aller Werktätigen“. Verantwortlich für den Gesamthalt war laut Impressum Adolf Glaser. – Selbst in der äusseren Aufmachung wurde 1936 die alte DVZ imitiert.

„Über das Programm einer deutschen Volksfront“,¹ die zwei Wochen später unter die ständige Rubrik „Tribüne der Deutschen Volkszeitung“ gestellt wurde.² Erst 1937 wurde diese Sparte in „Tribüne der deutschen Volksfront“ umgewandelt. Vom 7. November 1937 an nannte die *Deutsche Volkszeitung* sich:

„Das Blatt der deutschen Volksfrontbewegung und aller Freunde der Volksfront. Das Kampforgan der freiheitlich gesinnten Auslandsdeutschen.“

Die „Tribüne der deutschen Volksfront“ wurde zum Propaganda-Forum der KPD-Taktik: Berichte „Aus den Freundeskreisen“,³ für die eine besondere „Pressekommission der Freundeskreise, Paris“ verantwortlich zeichnete, findet man hier und „Offene Briefe“ an die nichtkommunistischen Mitglieder des Volksfront-Ausschusses.

Alle Stadien der Volksfrontpolitik der KPD lassen sich in den Spalten der *Deutschen Volkszeitung* verfolgen: die Taktik der „antifaschistischen Einheit“ verbunden mit der Parole der bürgerlichen Freiheiten; die Öffnung der Volksfront bis auf oppositionelle Kreise innerhalb von SA, SS, NSDAP, NSBO und DAF;⁴ die Polemik gegen und das Werben um den sozialdemokratischen Parteivorstand; die Kampagnen gegen die SAP und die „Trotzkisten“ aller Schattierungen kurz: die Politik für die Sowjet-Union, die unter der Losung präsentiert wurde: „Für Hitler oder gegen Hitler, etwas Drittes gibt es nicht.“⁵

Die von Münzenberg zu Beginn der zwanziger Jahre gegründete *AIZ*⁶ wurde seit März 1933 in Prag fortgesetzt. Unter der Leitung von Franz C. Weiskopf⁷ wurde sie im Laufe des Jahres 1935 zu einem Organ der Sammlung der deutschen Opposition ausgebaut. Im Zeichen des Rufs nach Einheitsfront und Volksfront stand zum erstenmal eindeutig die Ausgabe vom 5. Dezember 1935, eine Sondernummer zur Er-

¹ DVZ, 1936 (Jg. 1), Nr 12 (7.6), S. 3.

² DVZ, 1936, Nr 14 (21.6), S. 4.

³ S. z.B. DVZ, 1937, Nr 47 (21.11), S. 4. – Zu den „Freundeskreisen“ s. weiter unten.

⁴ Als krassestes Beispiel: Walter, „Für die Versöhnung des deutschen Volkes gegen die dreitausend Millionäre, gegen die Kriegstreiber! Der Weg zum Sturz Hitlers“, in: DVZ, 1936, Nr 31 (18.10), nachgedr. in Rundschau, 1936, Nr 48 (24.10). – Walter expliziert hier den Aufruf des ZK der KPD aus Anlass des Nürnberger Parteitags der NSDAP, der unter dem Titel „Für Deutschland, für unser Volk“ ebenfalls in Nr 31 der DVZ publiziert wurde.

⁵ S. Bruno Frei in seiner Polemik gegen Schwarzschild und die „Trotzkisten“ in *Hypnose*, a.a.O., S. 8.

⁶ S. dazu Gross, a.a.O., S. 163ff. und *Exil-Literatur*, a.a.O., S. 134.

⁷ Möglicherweise ist der im Impressum erscheinende Name Paul Prokop ein Pseudonym von Weiskopf, oder ebenso zur Tarnung vorgeschoben wie Grete Reiner bei der DVZ (neue Serie).

innerung an den Freispurch Dimitroffs im Reichstagsbrandprozess 1933. Zum Thema äusserten sich neben französischen intellektuellen Vorkämpfern des *Front populaire* u.a. Siegfried Aufhäuser, Max Braun, Rudolf Breitscheid, Willi Münzenberg, Walter. Ende Januar 1936 setzte die AIZ die im Dezember begonnene Diskussion fort, sie richtete die Sparte „Tribüne der deutschen Volksfront“¹ ein. Bis zum August desselben Jahres publizierten hier neben den ständigen Mitarbeitern Heinrich Mann, Münzenberg und Breitscheid unter anderen Karl Böchel, Arnold Zweig, Professor Gumbel. Böchel stellte als einziger grundsätzliche Fragen und Forderungen.² Alle anderen Beiträge zur Volksfront sind mehr oder weniger allgemeine Agitation – für Solidarität, für Frieden. Besonderen Wert legte die AIZ darauf, in ihrer „Tribüne“ solche Beiträge zu veröffentlichen, „mit deren Ausführungen wir [die AIZ] nicht in allen Einzelheiten und Folgerungen übereinstimmen“ – insbesondere solche von Katholiken.³ John Heartfield schuf in dieser Periode Fotomontagen zum Programm der „Einheitsfront und Volksfront gegen Krieg und Faschismus“. War früher die Sowjet-Union für die AIZ-Leser das einzige Paradies auf Erden, so wurde dieser nach den Wahlen im April und Mai 1936 das „Frankreich der Volksfront“ an die Seite gestellt.⁴

Am 19. August 1936 wurde die AIZ durch die *Volks-Illustrierte* abgelöst, mit der Begründung:

„...in der Epoche der VOLKSFRONT tritt folgerichtig an die Stelle der ARBEITER-ILLUSTRIERTEN-ZEITUNG die VOLKS-ILLUSTRIERTE...“

Diese solle mehr als bisher noch die AIZ „TRIBÜNE DER VOLKSFRONT“ sein, „zur Beseitigung der Missverständnisse [...], die noch immer die Verwirklichung der Volksfront in manchen Ländern verhindert“, beitragen. Als „*Pionier des Friedens, der Freiheit, des gemeinsamen Kampfes gegen Krieg und Faschismus*“ solle die *Volks-Illustrierte*, unterstützt durch einen erweiterten Mitarbeiterstab, „in noch weitere Schichten eindringen“ und „bis in die letzte Hütte getragen“ werden.⁵

¹ AIZ, 1936, Nr 5 (30.1); die Sparte war in Nr 1/1936 vom 2.1, S. 11, angekündigt worden als: „Freie deutsche Tribüne“.

² S. AIZ, 1936, Nr 8 (20.2), S. 8: „Allianz der Freiheit – Freiheit der Allianz“.

³ S. die redaktionelle Vorbemerkung in Nr 12/1936 (19.3), S. 183, zu dem Artikel von Johann Gottlieb Wagner, einem „der führenden Männer der katholischen Oppositionsbewegung gegen Hitler“.

⁴ AIZ, 1936, Nr 26 (24.6), S. 402-403: „Brot und Arbeit – Freiheit und Frieden – Im Frankreich der Volksfront: Mehr Brot, bezahlter Urlaub, Amnestie – In der Sowjetunion: Die freieste Verfassung der Welt.“

⁵ AIZ, 1936, Nr 33 (12.8), S. 523: „AN ALLE LESER!“ (Hervorhebungen im

Die über eineinhalb Jahrzehnte alte AIZ war der plattesten Volksfront-Ideologie zum Opfer gefallen.

Zum Jahrestag der Bücherverbrennung in Deutschland eröffnete Heinrich Mann am 10. Mai 1934 in Paris die „Deutsche Freiheitsbibliothek“. Sie war zustande gekommen, nachdem sich im Februar ein Initiativkomitee gebildet hatte, dem neben Romain Rolland, H. G. Wells, Lion Feuchtwanger und Professor Lévy-Bruhl¹ viele bekannte deutsche Schriftsteller angehörten. Willi Münzenberg und Alfred Kantorowicz vom „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“, dessen Ehrenpräsident Heinrich Mann war, hatten massgeblichen Anteil an der Gründung der Bibliothek; Kantorowicz wurde ihr Generalsekretär, Heinrich Mann ihr Präsident. In enger Zusammenarbeit mit dem „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“ wurde die „Deutsche Freiheitsbibliothek“ ein Hort der in Deutschland verbotenen und verbrannten Literatur, einschliesslich der Werke von Marx bis Stalin; eine Sammelstelle der für das Verständnis des Nationalsozialismus unerlässlichen Publikationen von H. St. Chamberlain bis Hitler; ein Dokumentationszentrum zum Studium des Faschismus durch die Angliederung des „Internationalen Antifaschistischen Archivs“.² Und die Räume der Bibliothek wurden ein Treffpunkt der deutschen und internationalen Schriftsteller zu Vorträgen, Diskussionen und politischen Kundgebungen.

Seit 1935 wurden zur Unterrichtung der Öffentlichkeit in unregelmässigen Abständen hektographierte *Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek* herausgegeben. Die Nummern 4 und 5, von Ende Juni und Ende Juli 1935, standen im Zeichen der „Volksfront der Literatur“,³ die auf dem Schriftstellerkongress in Paris manifestiert worden war. Von der folgenden Ausgabe ab, die am 1. November erschien, stellten die *Mitteilungen* sich in den Dienst der deutschen Einheits- und Volksfront-Bewegung.⁴ Sie wollten damit die in den verschiedensten Zeitschriften publizierten Diskussionsbeiträge neben-

Original). Bereits seit der Einheitsfront-Nummer vom 5.12.1935 trug die AIZ den Untertitel „Das Illustrierte Volksblatt“.

¹ Die drei Erstgenannten wurden zu Ehrenpräsidenten der „Deutschen Freiheitsbibliothek“ gewählt, an die Stelle von Lévy-Bruhl trat André Gide.

² Das Archiv ging auf eine Idee Münzenbergs zurück; es diente vor allem als Materialgrundlage für die Publikationen der Editions du Carrefour, stand aber allen offen.

³ Der Ausdruck selbst wurde auf dem Kongress von der Schriftstellerin Georgette Guegen-Dreyfus geprägt.

⁴ Von hier an beginnt eine Doppelzählung: offiziell ist die Ausgabe vom 1.11.35 die 6. Nummer, doch ist sie Nr 1 der Einheits- und Volksfront-Beiträge.

einanderstellen und einem breiteren Leserkreis zur Information zugänglich machen;¹ nur wenige Artikel in den *Mitteilungen* sind Originalbeiträge.

Die ersten, rasch aufeinander folgenden Nummern der neuen Linie sind offen für pro und contra, für Kritik in ideologischen, taktischen und organisatorischen Fragen; offen für Walter von der KPD, Otto Bauer von den österreichischen Sozialdemokraten, für die SPD-Führer Wilhelm Sollmann und Friedrich Stampfer, für die SAP, die Gruppe „Neu Beginnen“ und für Otto Strassers „Schwarze Front“. Mit der Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“ wird der Raum zu kritischen Auseinandersetzungen in den *Mitteilungen* immer enger. Es kommen fast ausschliesslich die dem Ausschuss angehörenden Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten zu Wort. Die allgemeinen, sich den Bürgerlichen angleichenden Vorstellungen der KPD-Mitglieder treten mehr und mehr in den Vordergrund. Der erweiterte Anspruch des Volksfront-Ausschusses, eine Art Dachorganisation für alle Zentren politischer Zusammenschlüsse zu sein, und der Versuch, die Volksfront-Basis zu verbreitern, spiegeln sich in dem neuen Titel, der im August 1936 für die *Mitteilungen* gewählt wird: *Das freie Deutschland*.²

Das freie Deutschland war ein Propaganda-Organ für die deutsche Volksfront. Zusammenschlüsse deutscher Emigranten und Auslandsdeutscher, etwa in Argentinien und Uruguay, und Selbsthilfeaktionen der Emigranten³ wurden diesem Ziel ebenso nutzbar gemacht wie der Weltfriedenskongress im September 1936 in Brüssel (veranstaltet vom *Rassemblement Universel pour la Paix*), die Europäische Amnestie-Konferenz für die politischen Gefangenen in Deutschland (Anfang Juli 1936 in Brüssel), oder der Spanische Bürgerkrieg.

Im Januar 1937 zog *Das freie Deutschland* die „Bilanz eines Kampfesjahres“:⁴ Münzenberg bemühte sich, die Thesen von Schwarzschild und von Otto Klepper zu widerlegen, nach denen das Volksfront-Experi-

¹ S. „Mitteilungen“, Nr 6 (1), S. 1. – Die wichtigsten Beiträge dieser und der folgenden Ausgaben (bis einschliesslich Nr 10 (5) vom Februar 1936) kamen Ende Februar 1936 in der Broschüre: „Eine Aufgabe. Die Schaffung der Deutschen Volksfront“, a.a.O., gebündelt heraus.

² „Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek“ blieb als Untertitel bestehen (daher auch durchlaufende Numerierung). *Das freie Deutschland* erschien gedruckt, wie schon die letzte (12.) Nummer der „Mitteilungen“ vom Mai 1936, und ebenfalls in unregelmässigen Abständen.

³ Z.B. die „Zentralvereinigung Deutscher Emigranten“, die im Juni 1936 auf einer allgemeinen Emigranten-Konferenz in Paris gebildet wurde, als Arbeitsausschuss der „Fédération des émigrés d'Allemagne en France“.

⁴ So der Titel von Breitscheids Artikel. Der Beitrag von Franz lautet: „Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen!“ Die Ausgabe vom Januar 1937 ist die 15.

ment gescheitert sei und eine neue Sammelbewegung nur vom fortschrittlichen Bürgertum ausgehen könne. Kurt Funk und Fritz Alsen versuchten, Otto Strassers und Wenzel Jaksch's Vorstellungen von deutscher Revolution und „Volkssozialismus“ abzuwehren. Franz (Dahlem) polemisierte gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand und Walter wendete sich in einer hier abgedruckten Rede über Sender Barcelona u.a. an die „Soldaten im Reichsheer“, an die „schaffende[n] Volksgenossen in der S.A. und in der Hitler-Jugend“. Breitscheid konstatierte, man stehe erst am Anfang.

Die Ausgabe vom Januar 1937 scheint die letzte überhaupt gewesen zu sein. Auf der Volksfront-Konferenz am 10.-11. April 1937 in Paris stellte die KPD ihren illegalen Sender auf Kurzwelle 29,8 der Volksfront zur Verfügung. Bereits ein Jahr zuvor hatte Heinrich Mann einen starken Sender für die Arbeit ins Reich gefordert,¹ in der Erkenntnis, dass der Rundfunktätigkeit vom Ausland her in dem Masse grössere Bedeutung zukam, in dem Gestapo und Sicherheitsdienst immer effektiver illegale Zeitungen, Manifeste etc. aufzufangen wussten, von der Gefährdung der illegal Arbeitenden ganz zu schweigen. Die Redaktion von *Das freie Deutschland* arbeitete im Sommer 1937 für diesen Sender, der sich „Deutscher Freiheitssender“ oder auch „Freiheitssender der Deutschen Volksfront“ nannte.² Da sich die Mitglieder des Volksfront-Ausschusses über die Personalfrage einer speziellen Rundfunkkommission nie einig werden konnten, wurde die Arbeit in der Hauptsache von KPD-Leuten geleistet.

Noch vor der Gründung des Volksfront-Ausschusses schlug die KPD den Sozialdemokraten in Frankreich vor, eine gemeinsame Zeitung herauszugeben mit dem Ziel, die deutsche Opposition zu sammeln und einheitlich auszurichten. Max Braun lehnte das Projekt am 30. Januar 1936 ab:³ Abgesehen von einem „Minimalprogramm und die Verständigung über Strategie und Taktik, gerichtet auf ein gemeinsames vorläufiges Ziel“, sei dazu die übereinstimmende Einschätzung

¹ S. Deutsche Informationen (DI), Nr. 5 vom 19.3.36: „Sendet die Wahrheit nach Deutschland!“

² S. DVZ, 1937, Nr 32 (8.8): „Schreibt 29,8.“ – Der Wirkungsbereich des Freiheitssenders 29,8 wurde allerdings dadurch eingeengt, dass zu seinem Empfang ein besonderes Aufnahmegerät nötig war (Kurzwellensender), s. DI, Nr 185 vom 11.5.37: „Gespräch mit deutschen Arbeitern auf der Ausstellung“ (Weltausstellung zu Paris).

³ Brief Max Braun vom 30.1.36 an Paul Hertz mit der Kopie des Ablehnungsschreibens an die KPD, IISG. Die Ablehnung selbst ist undatiert, jedoch bezieht sich Braun im Text auf Hitlers Rede vom 30.1.36. – Der Vorschlag der KPD lässt sich nur aus Brauns Antwort deduzieren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er nur mündlich unterbreitet wurde.

der „internationalen Situation und der des Dritten Reiches“ notwendig. Die Ablehnung ist jedoch gleichzeitig ein Gegenvorschlag. Braun hält Paris für den geeignetsten Erscheinungsort einer gemeinsamen Zeitung, da er überzeugt ist, dass „in der ersten Zeit“ die westlichen Demokratien den Hauptkampf gegen das Hitlerregime zu führen haben; das müsse die Zeitung „in der vordringlichen Tendenz, wie im ganzen Gesicht“ berücksichtigen. Ferner fordert er, dass, um den „einigenden Sammelcharakter“ zu wahren, Abgrenzung und Unabhängigkeit der Zeitung von jeder Parteipolitik garantiert werden müsse; dazu scheint ihm ein „Redaktionsausschuss“ mit Kontrollfunktion geeignet, der „zunächst aus ein paar Sozialdemokraten und Kommunisten“ gebildet und „nach Bedarf noch durch Vertreter anderer politischer Oppositionsgruppen ergänzt werden könnte“. Zum dritten müsse das Blatt das organisatorische und politische Gewicht der deutschen Arbeiterklasse – darunter versteht Braun die „proletarisch-sozialistisch-kommunistische Opposition“ – steigern und ihr „die Führung der gesamten oppositionellen Kräfte sichern helfen“.

Der erste Punkt des Braunschen Gegenvorschlags lief praktisch auf eine Information des Auslandes über das Dritte Reich hinaus. Damit kam Braun den Vorstellungen Breitscheids nahe, der als Mittel zur Annäherung der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei in den Fragen Einheitsfront und Volksfront vorgeschlagen hatte, die den Parteien zugehenden Informationen in einem überparteilichen Informationsdienst zu zentralisieren, um „in den einzelnen Ländern [...] die Presse, die Parlamentarier und die Öffentlichkeit überhaupt über die tatsächlichen Zustände im Dritten Reich laufend“ zu unterrichten.¹

Auf einer Vorkonferenz der Arbeiterparteien am 1. Februar 1936 einigten sich Münzenberg und Braun, durch Breitscheid unterstützt, ein „Antifaschistisches Informationsbüro“ zu schaffen.² In einem Abkommen, das zwei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten unterzeichneten,³ wurden die politischen Richtlinien fixiert; die von Braun geforderte Kontrollfunktion wurde einem gemeinschaftlichen Verwaltungsrat übertragen. Da Heinrich Mann als Präsident des einen

¹ Es handelt sich hier um den dritten und letzten Punkt eines von Breitscheid entwickelten „Aktionsprogramms“ zur Annäherung der beiden Parteien, veröffentlicht in Mitteilungen der Deutschen Freheitsbibliothek, Nr 10, Februar 1936, S. 4f.: „Schritt für Schritt“ – möglicherweise auch eine Antwort auf den Vorschlag der KPD.

² S. „Ergänzende Mitteilungen“ von Schwarz, a.a.O.

³ S. (auch zum folgenden) vertrauliche Denkschrift vom 15. Februar 1938, zusammengestellt von Bruno Frei und „Friedrich“ (Pseudonym von Siegfried Rädcl), über den Streit im Verwaltungsrat der DI, SPD-Archiv, Bonn. Frei gibt nicht die Namen der Unterzeichner bekannt.

Tag später gegründeten Volksfront-Ausschusses diesem Abkommen zustimmte, liess man das Bulletin als „Instrument der deutschen Volksfrontbewegung“ erscheinen.¹ Es wurde *Deutsche Informationen* getauft, die französische Ausgabe hiess *Nouvelles d'Allemagne*. Die erste Nummer erschien am 9. März 1936.² Als Herausgeber zeichneten Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid, Max Braun und Bruno Frei. Die Redaktion besorgten Braun und Frei. Den Verwaltungsrat bildeten die Herausgeber und einige weitere Sozialdemokraten und Kommunisten, Sekretär war Max Schröder.³

Obwohl im Herausgeber-Kollegium nur die dominierenden Gruppen des Volksfront-Ausschusses vertreten waren, schien es zunächst die gewünschte Unabhängigkeit zu gewährleisten: Heinrich Mann zählte zu keiner Partei, Rudolf Breitscheid nahm eine weitgehend unabhängige Haltung gegenüber dem Rumpf-Parteivorstand in Prag ein,⁴ Max Braun hatte die saarländische Sozialdemokratie schon im Dezember 1933 von der SPD zu lösen gewusst, Bruno Frei war erst 1934 in die KPD eingetreten und nur als Journalist bekannt. Allerdings wurden die *Deutschen Informationen* von der KPD finanziert.⁵ Jedoch reichten die Mittel nicht aus, sie öfter als dreimal wöchentlich erscheinen zu

¹ S. Denkschrift, a.a.O., S. 1.

² Mit dem Erscheinen der Deutschen Informationen (DI) wurden zwei Nachrichtenorgane in Paris eingestellt: die Informationen aus Deutschland, herausgegeben von der Roten Hilfe Deutschlands für „Presse, Organisationen, Hilfskomitees“, mit Nachrichten vorwiegend aus dem Bereich von Terror und Justiz; die letzte Ausgabe erschien am 3.3.1936; und Inpress, ein dreisprachiger, in Paris und New York erscheinender „unabhängiger antifaschistischer“ Pressedienst mit Nachrichten hauptsächlich aus und für Deutschland, gegründet im Frühsommer 1933 von Dr Kurt Rosenfeld und Sandor (Alexander) Radó; Inpress ging Anfang 1936 ein – aus finanziellen Gründen (s. Scheer, a.a.O., S. 63ff., 73ff., 239; Scheer redigierte die deutsche Ausgabe).

³ Mitglied des „Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller“, Paris; Mitarbeiter am „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror“, 1933; gehörte der KPD an.

⁴ Breitscheid, vor 1933 u.a. jahrelang Fraktionsführer der SPD im Reichstag, war im April 1933 zwar nicht mehr in den Parteivorstand gewählt worden, da er zu dieser Zeit bereits emigriert war, doch liess er die Verbindung zum PV in Prag nie abreißen. Er versuchte eine Vermittlerrolle zwischen den Sozialdemokraten in Frankreich (Paris) und dem PV zu spielen.

⁵ S. Briefe von Münzenberg an Dr Frits Brupbacher, Zürich, vom 17. und 28.4. 1936, in denen er um finanzielle Unterstützung für die DI bittet, „unsere erste Sache, die wir für die Einheitsfront machen“, IISG; s. Denkschrift, S. 27: am 25.1.38 fordert Frei von Max Braun in einem Brief, dass er für einen finanziellen Beitrag der Sozialdemokraten Sorge, nachdem bisher stets „die Unterstützung antifaschistischer Organisationen“ zur Deckung des Defizits notwendig gewesen sei; vgl. Gross, a.a.O., S. 296: ein „von den Kommunisten diskret finanzierter [...] Pressedienst, Deutsche Informationen“.

lassen, und eine geplante englische Ausgabe wurde aus demselben Grund nie realisiert.

Es war nur ein Minimalprogramm, auf das man sich hatte einigen können: die Unterrichtung der ausländischen Presse, vor allem „der grossen bürgerlichen Informationspresse“,¹ „über die Verhältnisse im heutigen Deutschland und über dessen Absichten und Ziele“. ² So brachte man Nachrichten und Dokumentationen über Terror und Justiz im Dritten Reich, über die Tätigkeit der nationalsozialistischen Auslandsorganisation in europäischen und überseeischen Ländern, über die Aufrüstung und die psychologischen Kriegsvorbereitungen in Heer, Schule, Universität und Jugendorganisationen.³ Nachrichtenquellen waren: NS-Presse; Zeitschriften des Generalstabs, der SS, der SA; *Der Stürmer*; militärwissenschaftliche Publikationen, Schul- und Lehrbücher. Darüber hinaus hatte man „eigene Korrespondenten in den wichtigsten Städten Deutschlands“⁴ und in europäischen und aussereuropäischen Zentren. Nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs wurden Verbindungen zu republikanischen Behörden ausgewertet.⁵

Eine Analyse des Nationalsozialismus unter soziologischem, wirtschaftlichem, parteipolitischem, nationalem Aspekt sucht man in den Spalten der *Informationen* vergebens – obgleich es deutsche Emigranten unternahmen, Ideologie und Struktur zu untersuchen. Statt dessen begnügten sich die *Deutschen Informationen* mit Kommentaren ad hoc: Professor Denicke etwa äusserte sich wöchentlich zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, einschliesslich Rüstung, Aussenhandel, Währung; Fritz Lieb und andere beschäftigten sich regelmässig mit der Kultur- und Kirchenpolitik.

Ihr zweites Ziel, „zugleich Zeugnis abzulegen für das wahre, friedliebende und europäisch gesinnte *andere* Deutschland“⁶ suchten die *Deutschen Informationen* in der Agitation für Frieden, für Freiheit,

¹ S. Bruno Frei, „Die ‚Deutschen Informationen‘ – ein Kapitel praktischer Einheitsarbeit“, in: Das freie Deutschland, Nr 14, September 1936, S. 43-48 (Zitat: p. 44).

² S. Brief der Herausgeber zum bevorstehenden Erscheinen der DI: „Sehr geehrter Herr Kollege...“ (undatiert, hektografiert), Sammlung IISG, der 1. Ausgabe vorgeheftet (Hervorhebung im Original).

³ Typisch und richtungsweisend für die Art der Information sind die ersten Nummern der DI (März 1936), die Nachrichten, Dokumente, Statistiken, Kommentare zur Besetzung des Rheinlandes am 7.3.1936 bringen.

⁴ Aufgedruckt auf den Kopfbogen der DI seit 1937.

⁵ So konnten die DI bereits im August 1936 mit Hilfe des von den catalanischen Behörden in Barcelona beschlagnahmten Materials die Tätigkeit der Nationalsozialisten für die Seite der aufständischen Generäle dokumentieren.

⁶ Vgl. Anm. 2.

für Amnestie, zu erfüllen. Ausführlich berichteten sie über Veranstaltungen und Erklärungen des Volksfront-Ausschusses und anderer, ihm angeschlossener Organisationen oder mit ihm sympathisierender Persönlichkeiten. Innerdeutsche oppositionelle Erscheinungen, wie die Weigerung der Katholiken, Kreuze aus den Schulen zu entfernen, oder Aktionen in Betrieben für soziale Verbesserungen wurden als „neue Formen des Widerstandes“ erklärt.¹ Der Tenor der Propaganda für die Volksfront lag in den *Deutschen Informationen* auf der Linie: Die Nazis haben Angst vor dem Frieden und vor einer geeinten Opposition von den Katholiken bis zu den Kommunisten, das beweist, dass wir auf dem richtigen Weg sind.²

Das Minimalprogramm bot von Anfang an weder die Gewähr für eine Annäherung der beiden Arbeiterparteien in den offenstehenden politischen Fragen, noch für die „Sammlung und einheitliche Ausrichtung“ der Opposition, zu schweigen von der Sicherung des Führungsanspruchs für die deutsche Arbeiterklasse, die Braun gefordert hatte. Vollends blockiert wurde das ursprüngliche Ziel dadurch, dass die *Deutschen Informationen* sich nicht an Deutsche richteten. Dem Selbstverständnis der Führer der Volksfront-Bewegung hätte es entsprochen, die geistige Freiheit der Emigration zu nutzen, um eine Theorie der deutschen Revolution gegen den Faschismus zu entwickeln und diese der Gesamtopposition wie den Oppositionellen im Reich zum gemeinsamen Kampf zu vermitteln.

Die Konstruktion der Nachrichtenagentur des Volksfront-Ausschusses implizierte, dass diese in dem Augenblick in eine Krise geraten musste, in dem die heterogenen Kräfte im Komitee selbst wieder auseinanderfielen. Die reibungslose Zusammenarbeit an den *Deutschen Informationen* überdauerte die endgültige Lahmlegung des Volksfront-Ausschusses im Herbst 1937 nur um wenige Wochen. Ende November zog Rudolf Breitscheid die Konsequenzen aus dem gescheiterten (persönlichen) Versuch, innerhalb der deutschen Volksfront „Kommunisten und Sozialdemokraten auf eine gemeinsame Linie im Kampf

¹ S. z.B. DI, Nr 185 (11.5.37); vgl. DI, Nr 165 (25.3.37): Statistik über „100 grössere Kampfbewegungen in drei Monaten“. Als reine Agitation müssen die „Enquêtes“ unter deutschen Arbeitern über ihre Stellung zur Sowjet-Union und zur Front populaire bzw. zur spanischen Volksfront gewertet werden, s. Nr 84 (17.9.36) und 85 (19.9.36).

² S. z.B. DI, Nr 175 (17.4.37): Nachricht über die Beschlagnahme aller ausländischen Zeitungen in Berlin, die über die Volksfront-Konferenz vom 10.-11.4.37 in Paris berichteten („Die Angst vor der deutschen Volksfront“), oder: Nr 174 (15.4.37): „Hochverratsprozess gegen die Volksfront“ – Bericht über den Prozess vor dem Volksgerichtshof gegen Kaplan Rossaint, der mit Kommunisten zu Diskussionen über Aktionseinheit zusammen gekommen war.

gegen Hitler zu bringen“:¹ In einem Brief an die Redaktion der *Informationen* erklärte er, „verschiedene Umstände“ hätten ihn zu dem Entschluss bewogen, zum Ende des Jahres 1937 aus der Reihe der Herausgeber auszuschneiden.²

Die Schwierigkeiten innerhalb des „Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“, die schliesslich zum Bruch mit den Vertretern der KPD führten, hatten kurz nach dem erfolgreichen Volksfront-Kongress am 10.-11. April 1937 begonnen:³ Noch im April musste Münzenberg auf Weisung der Komintern alle seine Funktionen niederlegen, ebenso aus dem Volksfront-Komitee ausscheiden. Alle Nichtkommunisten protestierten vergeblich gegen seine Absetzung und den Eintritt von Walter Ulbricht. Dann entfesselte die KPD in Fortsetzung der Moskauer Prozesse ihre Kampagne gegen die SAP.⁴ Im Laufe des Sommers 1937 wurden die „Freundeskreise“, die anfangs dem Zusammenhalt der Emigranten dienten, zu Instrumenten der Volksfront-Politik der KPD ausgebaut.⁵ Nach Beschwerdebriefen der nichtkommunistischen Mitglieder des Arbeitsausschusses an das ZK der KPD, einer heftigen Replik von Walter und einer hinhaltenden

¹ S. „Paul Hertz schreibt über den Freund Rudolf Breitscheid“, Manuskript, IISG.

² Brief vom 28.11.37, zitiert in Denkschrift, a.a.O., S. 2.

³ An dem Kongress nahmen über 300 Delegierte teil, aus allen europäischen Emigrationszentren; Ehrengäste waren spanische Cortes-Mitglieder unter der Leitung des Cortes-Präsidenten Martinez Barrio.

⁴ Von Beginn des Ausschusses an bestanden ideologische und taktische Differenzen zwischen SAP und KPD, vor allem in der Frage der Einheitsfront; doch die SAP liess sich durch die KPD nicht intimidieren, weiterhin mitzuarbeiten. Verschärft und in die Öffentlichkeit getragen wurde der Streit durch die beiden ersten Moskauer Prozesse. Im Zusammenhang mit dem Aufstand in Barcelona im Mai 1937 beschuldigte die KPD die SAP als Schwesternpartei der POUM des „Trotzkismus“, der Hilfe für den Faschismus, des Handlangerdienstes für die Gestapo.

⁵ Siegfried Rädcl, unter dem Pseudonym Friedrich 1937 einer der KPD-Vertreter im Verwaltungsrat der DI, war aktives Mitglied der „Freundeskreise“. – Im Herbst 1936 wurde ein Kreis der „Freunde der Deutschen Informationen“ gegründet – möglicherweise einer der Anfänge der politischen Freundeskreise: Der Verwaltungsrat der DI hatte die „mit der antihitlerischen Opposition sympathisierenden Kreise“ aufgerufen, durch einen Kreis der „Freunde der DI“ die Arbeit von Redaktion und Verwaltungsrat materiell und moralisch zu unterstützen. Sie sollten zur „Erhaltung und Festigung [der] Geschlossenheit“ der Arbeit [gemeint ist die politische Geschlossenheit – Verf.] beitragen, damit „aus dieser ersten Einheitsaktion die Keimzelle einer noch breiteren und umfassenderen Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten zum Sturze des blutbefleckten Hitlerregimes wird“, s. Frei in *Das freie Deutschland*, Nr 14/1936, S. 47f.; vgl. Anzeigen zur Werbung für den „Anschluss an die ‚Freunde der Deutschen Informationen‘“, in: *Das freie Deutschland*, Nr 14/1936 und Nr 15/1937.

Antwort von Wilhelm Pieck, dem Vorsitzenden der Partei,¹ schrieben die Nichtkommunisten am 13. November 1937 dem ZK,² dass sie nicht länger bereit seien, mit Walter zusammenzuarbeiten. Sie erklärten, die Sammlung der deutschen Opposition bis zu der von Pieck versprochenen Klärung der Differenzen allein fortsetzen zu wollen.

Pieck hatte bis Mitte Januar 1938 immer noch nicht geantwortet.³ Auf Wunsch von Max Braun trat am 19. Januar der Verwaltungsrat der *Deutschen Informationen* zusammen. Während der Sitzung legte Braun, auch im Namen von Heinrich Mann, Professor Denicke und Rudolf Breitscheid eine Erklärung ab, die darauf hinauslief, die gemeinsame Pressearbeit vorübergehend einzustellen. Er schlug den Kommunisten vor, aus Verwaltungsrat und Redaktion auszutreten, um die *Informationen* als solche nicht zu gefährden. Dies lehnten die Vertreter der KPD ab; ihr Gegenvorschlag sah eine Vollsitzung des Volksfront-Ausschusses vor. Braun lehnte ab, da der Ausschuss gerade wegen der Differenzen mit der KPD nicht mehr arbeite; er erklärte seinen Rücktritt aus der gemeinsamen Redaktion. Es wurde noch vereinbart, dass beide Seiten ihre volle Handlungsfreiheit zurück erhielten und dass jeweils ein neuer Name für einen eventuell fortzuführenden Nachrichtendienst gewählt werden solle.⁴

Braun und seine Freunde begannen einen sozialdemokratischen Pressedienst aufzubauen, der den Titel *Echo* tragen sollte. Eine gemeinsame Intervention des „Bundes freiheitlicher Sozialisten“⁵ und Willi Münzenbergs⁶ schien noch einmal den Graben überbrücken

¹ Der wichtigste Brief datiert vom 1.10.37, unterzeichnet von Heinrich Mann, Max Braun, Prof. Georg Bernhard, Prof. Denicke, Jacob Walcher; Antwort Walter vom 26.10.37; offizielle Antwort von Pieck am 5.11.37, s. „Der Briefwechsel der nichtkommunistischen Parteien und Gruppen der deutschen Volksfront mit dem Z.K. der K.P.D.“, IISG.

² Dieser Brief war ausser von den Unterzeichnern des Schreibens vom 1.10.37 signiert von Prof. Gumbel, Dr (Fritz) Sternberg und Rudolf Breitscheid, s. „Der Briefwechsel...“, a.a.O.

³ Pieck antwortete erst am 15.5.1938.

⁴ S. (auch für das folgende): Denkschrift, a.a.O., die den Verlauf der Streitigkeiten in der Sicht Bruno Freis wiedergibt und den Schriftwechsel zwischen den Mitgliedern des Verwaltungsrats enthält; ferner: Rundbrief der Deutschen Mitteilungen, unterzeichnet von Max Braun, o.D. (18. oder 19.2.38): „An unsere Abonnenten!“, Sammlung IISG.

⁵ Der Bund war im Dezember 1937 von Heinrich Mann gegründet worden, um durch eine feste Blockbildung der sich keiner Partei (mehr) Zurechnenden ein Gegengewicht gegen die KPD innerhalb der Volksfront zu schaffen. Im Vorstand waren: H. Mann (Präsident), Georg Bernhard, E. J. Gumbel, Prof. Siegfried Marck, Prof. Fritz Lieb.

⁶ Brief Münzenberg vom 1.2.38 an Fritz Lieb: er habe ihn als einen der vier überparteilichen Mitherausgeber für die Übergangslösung dem „Bund freiheitlicher Sozialisten“ vorgeschlagen, s. Denkschrift, a.a.O., S. 40. Ebenda Erklärung

zu können. Ihr Kompromissvorschlag sah vor, dass für eine Übergangszeit ein Informationsblatt unter der Herausgeberschaft von überparteilichen Persönlichkeiten erscheinen solle. Doch Frei und Braun konnten sich über Namen und Redaktion nicht einigen: Frei wollte weiterhin die *Deutschen Informationen* zusammen mit Braun redigieren, Braun bestand auf dem abgewandelten Titel *Deutsche Mitteilungen* unter der Redaktion von ihm selbst und Georg Bernhard. Beide Seiten beriefen sich auf – nicht eindeutige – Stellungnahmen von Heinrich Mann, der als Vermittler angerufen worden war.¹

Am 9. Februar teilte Frei den Beziehern der *Deutschen Informationen* mit, dass diese infolge „gewisser Schwierigkeiten“ zunächst nicht erscheinen könnten.² Am nächsten Tag erschienen in der gleichen Aufmachung wie die *Informationen* die *Deutschen Mitteilungen*, herausgegeben von Heinrich Mann, Georg Bernhard, Professor Lieb; Professor Gumbel hatte seine Zustimmung zu dem Projekt gegeben, wegen Verpflichtungen an der Universität Lyon verzichtete er auf Erscheinen in der Herausgeberreihe. In einer der ersten Nummer vorgehefteten Information teilte Max Braun den Abonnenten – diese waren von den *Deutschen Informationen* übernommen worden – im „Namen der Herausgeber und der Redaktion“ mit, dass die *Mitteilungen* „in vergrößertem Umfange und verbesserter Ausführung“ an die Stelle der wegen „besondere[r] Umstände“ nicht mehr erscheinenden *Deutschen Informationen* trete. Ferner stellte er Georg Bernhard als Mit-Redakteur vor.

Bruno Frei sah im Erscheinen der *Deutschen Mitteilungen* einen Bruch des Kompromissabkommens. Am 12. Februar setzte er die *Deutschen Informationen* fort, ohne Herausgeber, aber „im Geiste der deutschen Volksfront“.³ Das nahm Braun zum Anlass, endgültig den Bruch zu vollziehen. Den Abonnenten teilte er mit,⁴ dass die Politik der Kommunisten im Volksfront-Ausschuss, die noch immer nicht durch Pieck geklärt worden sei, und die Haltung von Frei in Sachen der *Informationen* diesen Schritt notwendig gemacht hätten. Braun taufte

von Frei und Friedrich, dass „Münzenberg schon seit Monaten mit den DI nichts zu tun hatte und dass seine im [...] Brief an Prof. Lieb unternommene Aktion ohne Auftrag und Kenntnis der Kommunistischen Mitglieder des Verwaltungsrates und der Redaktion unternommen wurde“.

¹ Briefe H. Mann an Frei vom 23.1.38 und vom 25.1.38; Brief „Im Auftrag von Heinrich Mann“ von Georg Bernhard an Frei am 5.2.38; Telegramm Heinrich Mann an Frei vom 9.2.38, s. Denkschrift, a.a.O., S. 6, 7, 8, 10.

² Die Mitteilung ist undatiert: Frei datiert sie in der Denkschrift (S. 14) auf den 9.2.38.

³ „An die Bezieher der Deutschen Informationen“, nicht zur Veröffentlichung bestimmtes Zirkular vom 15.2.38, in: Denkschrift, a.a.O., S. 21.

⁴ Undatiert (vom 18. oder 19.2.38), Sammlung IISG.

den Nachrichtendienst abermals um in: *Deutsche Informationen vereinigt mit Deutsche Mitteilungen*. Das neue alte Pressebulletin erschien vom 19. Februar 1938 an, herausgegeben von Max Braun, Georg Bernhard, Professor Lieb und dem ehemaligen Ministerialrat Dr Hans Hirschfeld. Letzterer wurde einen Monat später durch den Sozialdemokraten Friedrich Wilhelm Wagner ersetzt. Heinrich Mann hatte nach dem Scheitern des Kompromisses auf jede Mitherausgeberschaft, sowohl bei Frei als auch bei Braun, verzichtet: er könne „für keine Partei als Herausgeber zeichnen“.¹

Die *Deutschen Informationen* von Bruno Frei gingen bald ein. Der Sozialdemokrat Max Braun trug den Sieg davon, von 1939 an zeichnete er als Allein-Herausgeber und Redakteur des Nachrichtendienstes, der einmal ein Mittel zur Einigung von Sozialdemokraten und Kommunisten in einer Einheitsfront und zur Sammlung der deutschen Opposition in einer Volksfront hatte werden sollen.

Die Geschichte der hier behandelten Emigrationsblätter zeigt einen sehr unterschiedlichen direkten Einfluss der Existenz des „Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront“.

Obwohl durch Anhänger der Volksfront redigiert und in der internen Geschichte stark durch die Geschichte des Ausschusses beeinflusst, stellte das *Pariser Tageblatt* bzw. die *Pariser Tageszeitung* sich doch nicht in dessen Dienst. An der ursprünglichen – liberalen – Linie wurde durchweg festgehalten. Dagegen spiegeln die kommunistischen Blätter sehr deutlich die jeweilige Taktik der KPD innerhalb des Ausschusses und deren Versuche der Einwirkung auf diesen von aussen.

Der Ausschuss selbst schliesslich brachte es nie weiter als zu einer für die Anti-Hitler-Front letzten Endes unverbindlichen Pressekorrespondenz, die sich darauf beschränken musste, die bürgerliche Presse des Auslandes mit propagandistisch nützlichem Informationsmaterial über Nazi-Deutschland zu versorgen. Misst man dieses Ergebnis versuchsweise an Lenins – ebenfalls in und für die Emigration – entwickelter Forderung nach einer „allgemein [...] politischen Zeitung“, von der aus „die Fäden der Organisation“ zum Sturz des Regimes zu knüpfen seien,² so erscheint es kläglich. Andererseits wird aus dem Dargestellten wohl deutlich, dass dem Ausschuss so weitgehende publizistische Wirkungsmöglichkeiten fast zwangsläufig verschlossen blieben: Seine Zusammensetzung aus weltanschaulich heterogenen Kräften mit sehr unterschiedlichen Zielvorstellungen verhinderte eine

¹ Bereits am 25.1.38 als Warnung an Frei, s. Denkschrift, a.a.O., S. 7.

² Lenin, „Was tun?“, 1902, zit. nach W. I. Lenin, *Sämtliche Werke*, Wien-Berlin, Verlag für Literatur und Politik, 1929, S. 125-346. Zitate: S. 331 bzw. 327.

kollektive Willensbildung, die über das Minimum eines Minimalprogramms hinausgegangen wäre. Vielmehr versuchten alle beteiligten Parteien und Gruppen vermittels ihrer eigenen Presse Emigranten und Illegale in ihrem eigenen Sinne politisch zu beeinflussen. Zu diesen internen Gründen trat als entscheidender externer Faktor die objektive Situation im Deutschland des Dritten Reichs hinzu: In einer Phase, in der selbst die alten Organisationen nur unter grössten Schwierigkeiten illegale Verbindungen aufrecht erhalten konnten, blieb die Bildung einer intakten illegalen Landesorganisation auf Volksfront-Basis, die Adressat und Korrektiv einer politischen Zeitung hätte sein können, ausgeschlossen.